

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 0,30 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Heimat“, „Schadbelager“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
10. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Komparsenliste 80 Pfennig. Reklamazeile 6 — Reklamark „Kleine Anzeigen“ des letzten druckten Wortes 25 Pfennig. (außerdem für jede Zeile 12 Pfennig, Stellenangebote das dritte Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Reise 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnentenzeit 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Unter den Eichen 17, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Druckerei: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogeschäft, Postfach 115 Lindenstr. 3

## Helfer des Bürgerblocks.

Der Geist des politischen Betruges.

Die Sozialdemokratie rüstet zu einer großen Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen, der führenden Partei des Bürgerblocks. In diesem Augenblick ertönt von Moskau die Parole: „Kampf der internationalen Sozialdemokratie!“ Die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale, die kommunistische Partei, nimmt diesen Kampf auf. Das Wort „Arbeiterverräter“ erscheint wieder in der kommunistischen Rhetorik gegen die Sozialdemokratie, nachdem es eine Zeitlang ausschließlich von Kommunisten gegen Kommunisten im Fraktionsstreit in Rußland wie in Deutschland angewandt worden ist. Es soll die Existenz der kommunistischen Partei wie ihre Parteinarbeit gegen die Sozialdemokratie in der großen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und der führenden Partei des Bürgerblocks rechtfertigen.

Die Existenzgrundlage der kommunistischen Partei! Die Zeit des Kriegsendes, der Friedenssehnsucht, der Demobilisationsstürze, der Auflösung des Kräfteverhältnisses der Klassen in der Revolution ist vorüber, die Möglichkeiten für blauenistische Abenteuer geschaffen. Vorbei ist die Zeit des Nationalbolschewismus und die Träume von einer Vereinigung deutscher Heere mit einer in den polnischen Korridor vorstoßenden siegreichen Roten Armee. Wo sind die Illusionen vom bewaffneten Aufstand, der die kommunistische Zentrale zum Zentralrevolutionärskomitee der Sowjetrepublik Deutschland erheben, und in Deutschland eine Kopie der bolschewistischen Parteidiktatur und des Terrors durchführen soll? Oder der Traum von der Weltrevolution, die Sinowjew einst predigte, der heute mit einem Fuße im Gefängnis der russischen Staatspolizei steht.

Vorbei, vorbei. So wie die Zeiten des Kriegskommunismus in Rußland vorbei sind, diese Illusionen sind zerbrochen, so wie die Grundzüge Lenins am Tage nach der Machtübergabe an der harten Wirklichkeit der neuen Privatigentum schaffenden russischen Revolution zerfallen sind.

Wo ist die Existenzgrundlage der kommunistischen Partei, was ist das Ziel, das sie der deutschen Arbeiterklasse zeigen kann? Will sie das System der hangen Ausbeutung zur Machtbehauptung und Existenzgrundlage des russischen Volkes auf dem tiefsten Niveau idealisieren und der deutschen Arbeiterklasse zur Nachahmung empfehlen? Will sie den Kriegskommunismus, von dem Stalin und die Seinen sich abwenden, dessen Erneuerung sie mit Hilfe einer Klassenkoalition mit den Mittelbauern vermeiden wollen?

Oder wollen die Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse im Zeichen der neuen ökonomischen Politik herrlichen Zeiten entgegenführen? Neue ökonomische Politik — das war das Sündenbekenntnis der regierenden Bolschewiki, der Übergang vom Kriegskommunismus zum Staatskapitalismus. Die russische Opposition klagt die regierende Fraktion der Bolschewiki darob des Betrags am russischen Industrieproletariat an, sie bezeichnet die neue ökonomische Politik als kapitalistisch, während die um Stalin sie für sozialistische Aufbauarbeit ansprechen. Streit mit Worten, hinter dem sich grundsätzliche Wandlungen verbergen. Denn die neue ökonomische Politik trägt ein negatives Vorzeichen, sie ist ein Durchgangsstadium in dem Sinne: einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Die Befehrung zu kapitalistischen Formen und Methoden nach Scheitern des Versuchs, durch Gewalt und Dekret sozialistische Wirtschaft festig hinzustellen. Neue ökonomische Politik — das ist der Zusammenbruch bolschewistischer Gewaltideologie und bolschewistischer Staatsillusionen. Eine Notwendigkeit gewiß, aber erzwungen durch das Experiment des Kriegskommunismus, den nicht einmal Rußland ertrug. Ein Trauerspiel, dem man mit Teilnahme folgen kann — aber ist dies das ideale Ziel der Kommunisten für Deutschland?

Was ist die politische und soziale Vision der deutschen Kommunisten? Ist es der Bürgerkrieg um seiner selbst willen? Nichts von alledem. Sie wissen es selbst nicht, und sie ersehen das verlorene Ideal, das der Gang der Dinge in Rußland zerfallen hat, durch Worte und Parteinarbeit, im russischen Fraktionsstreit, wie in der deutschen Politik. Sie sind für Stalin und gegen die Sozialdemokratie, und damit ist ihre politische wie soziale Zielsetzung erschöpft. Es sei denn, sie wollten die deutsche Arbeiterklasse überreden, daß Stalin der Messias der Arbeiterwelt und Thälmann und die Seinen die einzigen Leute seien, die Deutschland vernünftig regieren könnten.

Die deutschen Kommunisten behaupten sich als Partei, weil sie sich gewandelt haben. Sie sind heute, um in der Sprache ihrer Parteiauseinandersetzungen zu reden, eine zentralistische Partei. Eine parlamentarische Partei, die die Kraftworte der ehemaligen Bürgerkriegspartei als Verzerrung benutzt. Es ist die revolutionäre Phrase, die einen Teil ihrer Anhänger hält — auf den anderen Teil wirkt die Auffassung, daß die Kommunisten auf dem Wege seien, sich zu einer halbwegs vernünftigen parlamentarischen Oppositionspartei zu entwickeln, die es den Kapitalisten in kräftiger Sprache gehörig gibt.

Aber ist die kommunistische Partei mit dieser Wandlung

## Das Arbeitszeitgesetz verschlechtert.

Durch den Reichswirtschaftsrat.

Dem sozialpolitischen Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates waren die Gesetzentwürfe, die im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes zusammengestellt wurden, zur Begutachtung überwiesen. Er hat sich zunächst mit den §§ 1 bis 16 beschäftigt, die die Arbeitszeitbestimmungen umfassen. Seine Beratungen hierüber hat er als vordringlich erledigt und beschlossen, die Ergebnisse seiner Beratungen dem Reichsarbeitsminister als Gutachten zu überweisen.

Durch dieses Gutachten erfahren die meisten Einzelbestimmungen noch

wesentliche Verschlechterungen.

Mit 17 oder 16 gegen 13 Stimmen wurden fast alle Verbesserungsanträge der Arbeitnehmergruppe abgelehnt und mit dem gleichen Mehrheitsverhältnis die Verschlimmberungen der Unternehmergruppe eingefügt.

Der grundlegende § 1 schließt vom Geltungsbereich des Gesetzes die Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Schifffahrt, Luftfahrt und ähnlichen Betrieben sowie in der Hauswirtschaft aus. Die Arbeitgeber beschließen, daß auch noch die Arbeit im Gartenbau aus dem Bereich dieses Gesetzes entfernt würde. Sie tonzabierten nur, daß die Fischerei noch in das Gesetz einbezogen werde. Die gleiche Mehrheit beschloß eine Sonderregelung für Lehrlinge, so daß diese nicht unter den Allgemeinbegriff des Arbeitnehmers fallen.

Der § 9 des Regierungsentwurfs legt die regelmäßige Arbeitszeit auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich ausschließlich der Pausen fest. Die Arbeitnehmergruppe verlangte, daß als Arbeitswoche ein Zeitraum von sieben Tagen einschließlich des Sonntags verstanden werde und außerdem festere Pausenvorschriften erlassen würden. Auch dieser Verbesserungsantrag fiel mit 17 gegen 13 Stimmen. Beim § 10, der die anderweitige Verbilligung der Arbeitszeit dem Unternehmer erleichtert, wurden Verbesserungsanträge der Arbeitnehmer abgelehnt, dagegen auf Antrag der Arbeitgeber noch weitere Verschlechterungen hineinbracht, vor allem die vorgesehene

Mehrarbeitsbezahlung für Arbeitsausfall an Wochenfeiertagen gestrichen.

Die Arbeitnehmer beantragten, das in Betrieben mit ununterbrochener Arbeit zugelassene Zweischichtensystem durch das Dreischichtensystem mit der 48-Stunden-Woche zu ersetzen. Der kompromis Block der Unternehmergruppe lehnte jedoch auch diesen Antrag ab und ließ nur eine Resolution zu, die den Arbeitsminister auffordert, das Zweischichtensystem nur dort noch bestehen zu lassen, wo volkswirtschaftliche Notwendigkeit gegeben seien.

Anträge der Arbeitnehmer auf Verminderung der im § 12

vorgesehenen Ueberarbeit von einer oder zwei Stunden täglich für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten wurden abgelehnt. Auf Antrag der Arbeitgeber wurde sogar die Bestimmung der Rundschicht nach Schluß der Arbeitszeit noch von 20 auf 30 Minuten verlängert.

Zum § 13, der für Arbeitergruppen, die sich längere Zeit in Arbeitsbereitschaft befinden, eine täglich zehnstündige und wöchentlich 60stündige Arbeitszeit zuläßt, beschloß der Ausschuss auf Antrag der Arbeitgeber, die Aufzählung der in Betracht kommenden Arbeiter durch die viel allgemeinere Fassung der bisherigen Arbeitszeitverordnung zu ersetzen. Für Privatverkehr wurde eine

72stündige Wochenarbeitszeit

ausschließlich des Sonntags im Durchschnitt zweier Wochen, für Führer und Begleiter sonstiger Kraftfahrzeuge und Fuhrwerke eine 72stündige Wochenarbeit einschließlich des Sonntags zugelassen.

Im § 14 wird die Mehrarbeit wegen dringenden Bedarfs geregelt. Der Entwurf läßt zunächst 60 Stunden innerhalb eines Jahres zu freier Verfügung des Arbeitgebers und weitere 240 Stunden Mehrarbeit im Jahr nach tarifvertraglicher Vereinbarung zu, in beiden Fällen bis täglich zwei Stunden und wöchentlich 12 Stunden. Die von Arbeitgeberseite beantragte

Erweiterung der Mehrarbeitsstunden auf 600

wurde abgelehnt, ebenso auch ein Antrag der Arbeitnehmer auf Einschränkung der 240 Stunden auf 120 Stunden. Eingefügt wurde eine Bestimmung, wonach eine Ueberarbeitung der 60 Mehrarbeitsstunden auch aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen zuzulassen ist.

Auf Antrag der Arbeitsgemeinschaft wurde beschlossen, beim § 15 die unbegrenzte Ueberarbeit, wie sie bei außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen entstehen und auf andere Weise nicht zu beseitigen sind, zugelassen ist, auch für öffentliche Verkehrsbedürfnisse gelten zu lassen. Als § 15a wurde vom Ausschuss eine Bestimmung neu eingefügt, die dem § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung, betreffend den sanitären Maximalarbeitsstag, entspricht. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Einführung einer zwölfstündigen Minimalruhezeit für Angestellte.

Der Geltungsbereich des Entwurfs wurde vom Ausschuss noch dahin eingeschränkt, daß auch die Arbeitnehmer in der Fischerei, Forstwirtschaft, in Kaserne und Wolkereien kleintierbetrieblchen Charakter, in der Landmüllerei im Kleinbetrieb, in der Lohnpflügerei und Lohnschneiderei von der allgemeinen Regelung der Arbeitszeit ausgenommen werden. Die Jugendlichen sollen auf jeden Fall den Bestimmungen des Jugend- und Arbeiterinnenschutzes des Entwurfs unterstellt bleiben.

von der Bürgerkriegspartei zur parlamentarischen Partei weniger schädlich geworden? Als Bürgerkriegspartei beschwor sie die Gefahr des Faschismus in Deutschland herauf, als parlamentarische Partei, die ihren Beruf in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt, leistet sie dem Bürgerblock Vorschub. Das eine ist so gefährlich wie das andere, das eine verstößt ebenso sehr gegen die Interessen der Arbeiterklasse wie das andere.

Die kommunistische Partei ringt nicht um das Recht der Arbeiter, nicht um die Verbesserung ihrer Lage, nicht um die sozialistische Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, sie kämpft um ihre Selbstbehauptung. Das erklärt, daß sie die Parole ausstößt: Kampf der Sozialdemokratie! Sie muß sich nach der Wandlung zur parlamentarischen Partei abgrenzen gegenüber der Sozialdemokratie. Diese Abgrenzung wird vollzogen, indem die kommunistische Partei sich aus der Dynamik des Klassenkampfes und des politischen Ringens in Deutschland ausschaltet. Sie sucht Stimmen zu sammeln, indem sie die Sozialdemokratie verleumdete und beschimpfte, das ist ihre Form des Klassenkampfes. Sie bindet Arbeiterstimmen und verhindert, daß die für sie abgegebenen Stimmen gegen den Bürgerblock in die Waagschale fallen. Ein Kommunist ist heute im Kampfe der Arbeiterklasse deshalb ebenso wertlos wie ein Indifferenter.

Sie ruft: Kampf dem Bürgerblock, aber sie meint Kampf der Sozialdemokratie. Sie wollte in Hamburg, wo sich eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit ergeben hat, den Kampf um Arbeiterrechte und Arbeiterinteressen in der Regierung der Sozialdemokratie allein überlassen, um die Sozialdemokratie um so kräftiger beschimpfen zu können. Sie redet von Macht — aber sie nimmt Möglichkeiten zur Teilnahme an der Macht nicht wahr. Sie liebt die Kraftworte und scheut Arbeit und Verantwortung. Eine starke Partei will wirken durch ihre Leistung — die Kommunisten nur durch die Begeisterung der Leistungen anderer, weil sie wissen, daß sie nichts leisten können.

In Hamburg fiel nach dem Scheitern der sozialdemokratisch-kommunistischen Verhandlungen über die Regierungsbildung das Wort eines Kommunisten:

„Die SPD. kann nicht in die Regierung gehen; wenn sie es tut, ist sie politisch erledigt. Unsere Mitglieder werden dann

in Scharen zur SPD. übertreten und wir können unseren Konturs annehmen. Das einzige, was uns heute noch von der SPD. trennt, wäre dann verschwunden und wir hätten alle Dolchberechtigung verloren.“

In diesem Wort ist Wesen und Zielsetzung der kommunistischen Partei von heute inbegriffen: Selbsterhaltungstrieb einer Form, die Sinn und Inhalt verloren hat. Es ist sinnlos, daß um der Erhaltung dieser Form willen die Reaktion in Deutschland gestärkt wird.

Die Sozialdemokratie hat den Wandlungen der kommunistischen Partei beobachtet und langmütig zugehört, sie hat sich im Kampfe auf das Notwendigste beschränkt. Sie kann nun, wo sie rüstet zu geschichtlichem Kampfe gegen die Vormacht des Bürgerblocks, den Feind im Rücken nicht dulden. Sie ruft ihren Anhängern zu: räumt auf mit dem kommunistischen Spuk! Brandmarkt die Bundesgenossenschaft der Kommunisten mit der Reaktion!

Es ist nicht nur das, daß die kommunistische Partei der Partei der deutschen Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Bürgerblock in den Rücken fällt — größer ist das geistige Verbrechen, das sie an den Arbeitern begeht, die ihr noch Gefolgschaft leisten. Sie züchtet einen Geist des Betrugs, der den Kameraden vorschleibt, um ihn verlästern zu können. Sie will, daß die Sozialdemokratie regiert — aber sie will sie deswegen beschimpfen. Sie verhindert die Arbeiter an der klaren Erkenntnis der politischen Lage, weil diese Erkenntnis zur Sozialdemokratie führt. Sie züchtet den Haß des Arbeiters gegen den Arbeiter. Sie will nicht Ueberzeugung, sondern militärischen Gehorsam gegenüber einem hohlen Apparat. Sie verlangt, daß ihre Anhänger heute verbrennen, was sie gestern angeboten haben. Die kommunistische Partei arbeitet an der Korumpierung der Köpfe der Arbeiterklasse.

Wir rufen zum Kampfe gegen den Bürgerblock. Wir rufen den kommunistischen Arbeitern zu: her zu uns, in die Front der Sozialdemokratie! Es gilt, die Vormacht der sozialen Reaktion zu schlagen!

Denen aber, die heute wieder den Kampf gegen die Sozialdemokratie predigen, um den Verlust ihrer Ideale zu verdecken, die die Reaktion stärken, um sinnlos geworden Form zu behaupten — ihnen gilt unerbittlicher, rückwärts Kampf!



## Neue Hezge gegen die Gemeinden.

Hugenberg im Schatten Parker Gilberts. — Keine Finanzkontrolle für die Städte.

Die Hezge gegen die angebliche Verschwendung der Gemeinden, hinter der sich der Kampf des Privatkapitals gegen die öffentliche Wirtschaft und gegen die Gemeindefinanzverbirgt, ist in neuer Form wieder aufgelebt. Gestern berichtete eine Reihe von Berliner Blättern, die Reichsregierung beabsichtige die Betrauung eines Beamten des Reichsfinanzkommissars mit der Aufgabe, die Gemeindefinanz und ihre Rationalisierung zu „überwachen“. Ganz besonders tat sich dabei natürlich die „Nachtausgabe“ des Herrn Hugenberg hervor. Auf unsere Erkundigungen wurde uns an allen unterrichteten Stellen die Antwort, daß von derartigen Plänen nichts bekannt sei. Mit besonderem Nachdruck wendet sich das Nachrichtenamt der Stadt Berlin gegen die nur allzu durchsichtigen Treiberelien, indem es schreibt:

Die von einer nichtamtlichen Stelle gestern abend verbreitete Meldung von der beabsichtigten Einsetzung einer Finanzkontrolle der Städte durch einen Sparkommissar entspricht nach den bei den zuständigen Stellen eingeholten Auskünften in keiner Weise den Tatsachen. Hierzu ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Berliner „Nachtausgabe“ dieses Gerücht in einer Form wiedergibt, die den Eindruck erweckt, daß sich die angebliche Finanzkontrolle in erster Linie gegen die Stadt Berlin richte. Das Blatt trägt in großen Lettern die Ueberschrift „Ein Parker Gilberts im Berliner Rathaus“, und soham in fetten Lettern „Ein Beamter des Reichsfinanzkommissariats soll kontrollieren“. In dem anschließenden Artikel sind dann Ausführungen gemacht, die ebenso wie die Fassung der Ueberschrift geeignet sind, das Ansehen der Berliner Stadtverwaltung und insbesondere die Kreditfähigkeit der Stadt Berlin im In- und Auslande auf das schwerste zu gefährden und darüber hinaus auch unabwehrbare Schädigungen für die deutsche Wirtschaft überhaupt nach sich ziehen. Eine einfache Anfrage beim Magistrat hätte ergeben, daß derartige Gerüchte jeglicher Unterlage entbehren. Es erscheint völlig unverständlich, wie eine Meldung von so weittragender Bedeutung für die Stadt Berlin weitergegeben werden konnte, ohne daß sich nur der Versuch gemacht worden ist, eine Bestätigung beim Magistrat einzuholen.

Derselbe Aufsatz bringt einen Funkspruch aus New York über Paris, wonach die Stadt Berlin in New York über die Aufnahme einer neuen Anleihe von 120 Millionen verhandelt. Auch diese Meldung ist unrichtig. Wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt worden ist, sind irgendwelche Verhandlungen über die neue Anleihe bisher nicht ausgenommen worden. Vielmehr wird vor der Aufnahme derartiger Verhandlungen der neue Anleiheplan zunächst der Beratungskommission vorgelegt werden. Dies ist auch der Grund, weshalb die Beratungen im Haushaltsausschuß vorläufig ausgesetzt worden sind.

Die Nachricht geht ganz offenkundig auf die Treiberelien derjenigen Kreise zurück, die die öffentliche Wirtschaft durch Unterbindung von Anleihen und durch Kürzung der städtischen Haushalte leistungsunfähig machen möchten. Daß eine Denunziation beim Reparationsagenten beabsichtigt war, dafür spricht der deutliche Hinweis auf die großen Aufstellungen, die jetzt in Berlin und in anderen Städten geplant sind. Wieder wollen diese Kreise, die an der Schwächung der Städte ein Interesse haben, den Reparationsagenten für ihre Zwecke einspannen. Die Berliner Stadtväter brauchen den Schatten Parker Gilberts nicht zu scheuen. Denn hinter ihm verbergen sich ja Hugenberg und seine deutschnationalen Freunde, die, um der öffentlichen Wirtschaft und der Gemeindefinanz ein auszuweichen, vor einer schweren Kreditkürzung im Auslande, also vor wirtschaftlichem Landesverrat, nicht zurückschrecken. Einmal — hoffentlich nicht zu spät — wird sich selbst das Auslandskapital von diesem widerlichen Treiber abwenden, das den Dienst der Gemeinden am Volke unmöglich machen will, indem es die Kommunen beim Reparationsagenten denunziert und dabei noch die „nationale“ Maske aufsetzt.

## Reparationspolitischer Ausschuß.

Bindesied zwischen Reichsregierung und Daweskommissar.

Die künftige Regelung der Beziehungen zwischen dem Reparationsagenten und den Reichsressorts ist, wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, jetzt in ihren Grundzügen festgelegt. Der Gedanke, einen eigenen Reparationskommissar zu bestellen, ist endgültig fallengelassen. Dagegen soll die Reparationsabteilung im Reichsfinanzministerium durch direkte Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes weiter ausgebaut werden. Die Leitung dieser Spezialkommission wird der zuständige Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium übernehmen. Die Kommission soll alle Fragen, die mit Reparationen zusammenhängen, prüfen, begutachten und dann dem Reichskabinett Bericht erstatten. Amlich wird hierzu mitgeteilt:

Das Reichskabinett stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines Reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuß soll danach unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen entsprechend dem interministeriellen Handelspolitischen Ausschuß aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

## Die passive Resistenz beendet.

Beilegung des Eisenbahnkonflikts in der Tschechoslowakei

Prag, 9. November. (WTA.)

In der heutigen Sitzung der Exekutive der Eisenbahner, die, wie erinnertlich, vor acht Tagen die bis dahin von ihr geführten Verhandlungen über die Regelung der Betriebsverhältnisse der Eisenbahner unterbrochen und den Vertrauensmännern aus den Kreisen der Abgeordneten die Vermittlung überlassen hatte, wurde der Vorschlag des Ministerpräsidenten Soehla, die Eisenbahner den übrigen Staatsangestellten gleich zu stellen, wobei der Eisenbahndienst besonders gewertet werden soll und bedeutend größere Geldbeträge für die Regulierung als bisher aufgewendet werden sollen, als annehmbar Basis für weitere Verhandlungen bezeichnet. Die Exekutive empfiehlt daher allen Angehörigen, die durch die Unterbrechung der Verhandlungen hervorgerufene Bewegung

# Arbeiterverfolgungen in Sowjetrußland.

Unzureichende Jubiläumsamnestie.

Brüssel, 9. November. (Eigenbericht.)

Der Generatrat der belgischen Arbeiterpartei hat zum Sowjetjubiläum einen energischen Appell an die Sowjetregierung gerichtet, die für gemeine Verbrechen angeklagte Amnestie auch auf die politischen Gefangenen auszudehnen, namentlich auf die zahlreichen Sozialisten, die in den Sowjetkernern schmachten. Die belgische Arbeiterpartei protestiert gleichzeitig gegen die Ungeheuerlichkeit, Menschen nur wegen ihrer politischen Meinung einzukerkern und begründet ihren Appell besonders damit, daß sich in Rußland selber keine Stimme für die Verteidigung dieser unglücklichen Opfer erheben darf und kann.

Stockholm, 9. November. (Eigenbericht.)

Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie hat der russischen Botschaft zur Weiterleitung nach Moskau folgendes Telegramm geschickt:

„An dem 10jährigen Jubiläum der Sowjetunion können wir es nicht unterlassen, gegen die Begrenzung der Amnestie zu protestieren. Sie schließt die politischen Gegner aus, die den Sozialismus auf dem Wege der Freiheit und der Demokratie verwirklichen wollen und die im Kampfe für diese Ueberzeugung mit der in Sowjetrußland diktatorisch herrschenden Gruppe in Konflikt geraten sind. Wir fordern, daß endlich auch der Wille

zur Veröhnung durch Erweiterung der Amnestie auf diese politischen Gefangenen gezeigt und damit die Forderung der westeuropäischen Arbeiterchaft erfüllt werde.“

Eine Antwort auf dieses Telegramm ist noch nicht erfolgt.

## Massenverhaftungen in Bulgarien.

Sofia, 9. November. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat im Zusammenhang mit Waffensünden über 30 Bauern und Arbeiter verhaften lassen. Sie werden nach dem Staatschutzgesetz sofort abgeurteilt. Das Vorgehen der Regierung findet allgemeine Kritik, weil es sich bei den Waffern um Ueberreste aus früheren innerpolitischen Kämpfen handelt.

## Die Ruß-Rißhandlungen in Britisch-Indien.

London, 9. November. (Eigenbericht.)

Vor Monaten erzählte Genosse Tom Shaw im Unterhaus, wie er als Mitglied der Indien-Abordnung mit Genossen Furtwängler Berlin der Textilarbeiterinternationale beobachtet hat, daß ein indischer Ruß von einem britischen Offizier auf offener Straße verprügelt wurde. Am Montag besitt der Unterstaatssekretär für Indien die Möglichkeit der Darstellung. Shaw bekräftigte daraufhin am Mittwoch seine Feststellungen und betonte, daß solche Exzesse der Herrenklasse die englisch-indischen Beziehungen auf das schwerste schädigen müssen.

# Die schottische Zuchthausstragödie.

Die Hauptbelastungszeugin widerruft.

Die in unserer gestrigen Morgenausgabe besprochene Affäre Slater zieht auf einmal in England immer weitere Kreise. Jetzt haben auch liberale Blätter die Angelegenheit in die Hand genommen und Sonderberichterstatter nach Schottland entsandt, um durch eine eigene Untersuchung Licht in die mysteriöse Mordgeschichte zu bringen, deretwegen der ehemalige deutsche Staatsangehörige Oscar Slater auf Grund eines Indizienbeweises vor 17½ Jahren zunächst zum Tode verurteilt, sodann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde.

Ein Vertreter der „Daily News“ konnte die Hauptbelastungszeugin antreffen, die damals ein junges Mädchen von 15 Jahren war und jetzt eine 34jährige verheiratete Frau namens Mary Barrowman ist. Sie gab ihm eine schriftliche Erklärung ab, in der sie berichtet, daß sie damals nach New York gebracht wurde, wo das Auslieferungsverfahren bei den amerikanischen Behörden auf Verlangen der britischen Regierung schwebte. Sie hatte den Mörder unmittelbar nach der Tat auf der Flucht gesehen und sollte mit ihm konfrontiert werden. Bei der Gegenüberstellung in New York hatte die Zeugin lebendig gemeint, es bestche eine starke Ähnlichkeit zwischen dem Mörder und Slater. Nach ihrer Rückkehr nach Glasgow wurde sie nun vom Oberstaatsanwalt Hart eindringlich vernommen, der sie vierzehn Tage lang fast täglich vernahm und

ihre keine Ruhe ließ, bis sie ihre ursprüngliche Aussage von der starken Ähnlichkeit dahin abänderte, daß sie in Slater postivo den Mann wiedererkenne, dem sie bei seiner Flucht begegnet war.

Frau Barrowman behauptet in einer vom 8. November 1927 datierten schriftlichen Erklärung u. a.:

„Ich wiederhole jetzt, daß bei der Aussage, die ich vor Gericht zu machen wünschte, ich auf keinen Fall weitergehen wollte, als die Behauptung, daß Slater dem Täter ähnelte oder sogar sehr ähnelte, aber nicht, daß er mit dem Täter identisch war. Ich war damals ein Mädchen von knapp 15 Jahren und konnte damals den Unterschied zwischen der Aeußerung, daß Slater der Mann sei und der Aeußerung, daß er mit dem Mann starke Ähnlichkeit habe, nicht in seiner ganzen Tragweite erfassen. Und wenn ich heute wieder auszusagen hätte, dann

würde ich erklären, daß er dem Täter sehr ähnlich sah — also genau daselbe, was ich bei meiner ersten Aussage (in New York) geäußert habe.“

Diese Erklärung, die Frau Barrowman in Gegenwart von vier Zeugen dem Berichterstatter der „Daily News“ mit ihrer Unterschrift übergeben hat, schließt mit der Bestätigung, daß sie zu dieser Erklärung von keiner Seite bearbeitet wurde und daß sie den Wunsch hat, man möge heute von dieser Erklärung im Interesse der Gerechtigkeit Gebrauch machen.

Interessant ist die Mitteilung der „Daily News“, daß diese Zeugin damals

die Hälfte der von der Polizei ausgeetzten Belohnung von 4000 Mark

erhielt. Das liberale Organ fügt hinzu, daß eine andere Zeugin, Frau Adams, die kurzlichlich war und bei ihrer Begegnung mit dem Mörder ihre Brille nicht trug, stets erklärt hat, sie hätte in ihrer Aussage niemals weitergehen wollen, als mit der Behauptung einer starken Ähnlichkeit zwischen Slater und dem Mörder. Eine dritte Zeugin, Fräulein Pambie, jetzt Frau Gillan, hat sogar die Identität zwischen Slater und dem Mörder verneint. Sie ist jedoch zurzeit nicht auffindbar und die „Daily News“ erlassen einen Aufruf, um ihren jetzigen Aufenthalt festzustellen. Sie soll nach den Vereinigten Staaten verzogen sein.

Obwohl dieser Fall trotz seiner Seltenheit keinesfalls vereinzelt dasteht, ist er ein klassisches Beispiel dafür, wie unter Umständen vollendetes Justizmorde vollbracht werden können. Dennoch lehnt es die bürgerliche Mehrheit des deutschen Rechtsausschusses ab, die Todesstrafe zu beseitigen, deren Vollstreckung solche Justizmorde völlig irreparabel macht. Im Falle Slater besteht wenigstens die Möglichkeit,

nach achtzehn grauenvollen Zuchthausjahren

einem wahrscheinlich zu Unrecht Verurteilten zu seinem Recht zu verhelfen. Unsere bereits ausgesprochene Forderung an das Auswärtige Amt, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, um die beschleunigte Freilassung Slatters zu ermöglichen, bleibt natürlich nach diesen neuen Bekundungen erst recht bestehen.

(passive Resistenz) zu beenden und die Arbeit wie vor der Unterbrechung der Verhandlungen in normaler Weise wieder aufzunehmen.“

## Außenpolitische Rede Baldwins.

Locarno — Rußland — Ägypten.

London, 9. November.

Beim Fest der Einführung des neuen Bürgermeisters der Dondoner City (Vord-Mayor) hielt

Ministerpräsident Baldwin

eine Rede, in der er ausführte:

Briand und Stresemann hätten ein Beispiel gegeben und ganz Europa warte auf die Länder, an deren Grenzen alte Feindschaften beständen, in der Erwartung, daß sie die ersten sein würden, um diesem Beispiel zu folgen. Baldwin fuhr fort: „Ich wünschte, ich könnte ebenso hoffnungsvoll von

Rußland

sprechen. Der Streit zwischen Großbritannien und Rußland ist von uns nicht gesucht worden, und sobald die Sowjetregierung bereit sein wird, die üblichen Sitten internationalen Verkehrs zu beobachten und auf Einmischung in unsere Angelegenheiten zu verzichten, wird sie uns bereit finden, ihr in dem Geiste der Liberalität und des guten Willens entgegenzukommen, der unsere ganze Außenpolitik befeht. Ueber

die englisch-ägyptischen Beziehungen

sagte Baldwin: Beide Länder haben Anlaß, mit dem Gang der Dondoner Besprechungen zufrieden zu sein. Die Regierung hofft, daß die Grundlage errichtet worden ist, auf der es möglich sein wird, in nicht ferner Zeit ein festes Gebäude englisch-ägyptischer Freundschaft zu errichten. Baldwin kam dann auf die Beziehungen innerhalb des britischen Reiches zu sprechen. Besonders ausführlich ging er auf Indien und die neuernannte Reformkommission ein.

## Wilna und die Sozialisten.

Zur Rigoer Konferenz.

Zur litauischen Emigrantenkonzferenz in Riga, über die eine Agenturmeldung in unserem Mittwoch-Abendblatt berichtet hat, erhalten wir noch eine andere Darstellung. Danach lagte die Resolution der Sozialdemokraten, daß alle zwischen Litauen und Polen schwebenden Fragen ausschließlich durch direkte Verhandlungen gelöst werden sollen. Die „Volkssozialisten“ wollten Wilna besonders erwähnt haben. Darauf gingen die Sozialdemokraten nicht ein, da sie die Kriegsgefahr in der ständigen Betonung des Wilna-Konflikts zu würdigen wissen. Wir können uns auch sehr wohl denken, daß Menschen, die dem Faschistenreden der Smetona-Waldemar-Republik entronnen sind und in Polnisch-Wilna Wohl gefunden haben, jetzt dort auch ungehindert eine Zeitung „Piemyni“ (Sozialdemokratisches Organ) herausgeben, dringendere Sorgen fühlen, als daß Wilna unter die faschisten-litauische Herrschaft komme. Solche Erwägungen würden noch nicht eine Beilegung durch Polen bemessen.

Im übrigen wird wieder einmal, da die Völkerverbundung naht, von Moskau her auf allerhand Wegen die „Besorgnisse“ verbreitet, daß Polen einen Einfall in Litauen oder sogar dessen Besetzung plane und vorbereite. Das ist natürlich blinder Schwundel. Polen ist reichlich gesättigt, kann es auch wahrlich sein — ja lebt überfüllt mit nichtpolnischen Völkern und hat kein Bedürfnis nach einer Vergrößerung der nichtpolnischen Minderheit, die dann mit der Zeit aufhören könnte, eine zu sein. Außerdem weiß Polen, das militärisch mit Litauen reich fertig wäre, daß ihm zu solch einem Spekulierung allerhand andere Wünsche geblafen werden könnten, also, man lasse sich mit diesen „Besorgnissen“ nicht auslachen und prüfe lieber die eigene friedliche Herzengreinheit!

Verurteilung wegen Beleidigung der Republik. Die Große Strafkammer in Düsseldorf als Berufungsinstanz verurteilte den Chemiker Dr. Robert Bey wegen Beschimpfung der Republik zu 100 M. Geldstrafe. Dr. Bey hatte in einer Halenkreuzerversammlung vom Reich als Judenrepublik gesprochen.



# Faschismus und Heimatwehr.

Tirol und die Berliner Enthüllungen.

r. Innsbruck, 8. November.

Die Berliner Mitteilungen über die intimen Zusammenhänge zwischen italienischem Faschismus und Heimatwehren haben natürlich in Tirol noch viel peinlicheres Aufsehen als sonstwo erregt. Ist doch Tirol das eigentliche Geburtsland der Heimatwehrebewegung und stellt ihr in Dr. Steidle den mit dem Munde stets streitbaren Führer, während er von dem sengenden Feuer, mit dem der nationale Paroxismus der Schwarzhemden jede deutsche Regierung in Südtirol vernichtet, hinreichend verspürt. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Wie schmerzlich empfindet es der Tiroler Landeschulrat, daß es ihm nicht möglich ist, den aus Südtirol haufenweise vertriebenen deutschen Lehrern eine Stellung zu geben. Dieses Behreresend, das während nicht allein, aber momentan am sichtbarsten, seine Schatten in die Landeshauptstadt wirft, kann man ermeslen, wenn Giarratana, der Faschistenkommissar von Bozen, sich rühmt, in der letzten Periode vierhundert deutsche Lehrer und davon allein 1928 einhundertzwanzig abgebaut, das ist nach der Uebung der Faschisten gänzlich mittel- und substanzlos auf die Straße geworfen und vielfach durch üble landsfremde Elemente ersetzt zu haben. Gerade jetzt haben sich die Gegensätze zwischen Deutschen und Italienern sehr verschärft. Der Haß gegen das faschistische Treiben in Südtirol loht überall, wo man rechtlich und neuzeitlich denkt.

Leber diese ständig wachsende Erbitterung unter den Bewohnern des Innates kann sich natürlich die Heimatwehr, die sonst durch und durch faschistisch ist, nicht hinwegsehen. Die Spuren des ursprünglich gewiß gepflegten Zusammenhanges zwischen den Männern Steidles und Mussolinis wurden sorgfältig verwischt. Doch ging die Heimatwehrleitung noch nie soweit, daß sie offen für die Stammesgenossen in Südtirol eingetreten wären. Dieses Verdienst steht der sonst gewiß nicht wenig ehrgeizige Heimatwehrgeneral den bescheideneren großdeutschen Kompagnons der Einheitsliste.

Wie ein Deus ex machina ist am vorvergangenen Sonnabend Dr. Rintelen als Versammlungsredner in Innsbruck erschienen, was um so mehr auffallen mußte, als in einer ganz ruhigen, versammlungslosen Zeit die Rede eines feierlichen Politikers in der tirolischen Hauptstadt sehr ungewöhnlich ist. Der Erfolg dieser Aktion Dr. Rintelens war denn auch sehr mager; wahrscheinlich ist die geheime Mission, der die „Münchn. N. Nachr.“ ihre erste Warnmeldung verdanken dürften, wichtiger gewesen als die Masse einer mächtig besuchten Wählerversammlung. Daß die tirolische Gruppe der Heimatwehr sehr für eine gewalttätige Aktion, insbesondere aber für eine Beseitigung des parlamentarischen Systems und des Streikrechts der Beamten und öffentlichen Angestellten ist, das kann man aus berufenem Munde oft genug hier zu hören bekommen. Vielfach ist auch Dr. Steidle nur mehr der Gehobene der von ihm angeworbenen und ins Land gebrachten Offiziere und Militärbeamten, die in einer freischöllischen Hah auf die Arbeiter ein Kiel der Sehnsucht erblicken. Diesen ist wie den Steirern auch Südtirol Hehuda. Die Unterdrückung der Freiheit, die Beseitigung der sozialen Errungenschaften ist ja eine Hauptzuggnummer in internationalen faschistischen Varietä. Ihr zusehe will Rintelen ja auch die Südtiroler, deren Leiden er und Dr. Seipel absichtlich übersehen, opfern, wenn nur der Königsgedanke der Heimatwehr gefänge, im Kampfe der „Austro-Bolschewiki“ Herr zu werden und die demokratische Republik in eine Tyrannei des militanten Bürgertums umzuwandeln. In Tirol aber werden gerade die Berliner Mitteilungen, die den geahnten Zusammenhang mit dem italienischen Faschismus bestätigen, gewiß die Wirkung haben, daß sich viele Gäfte der Heimatwehr mit Grausen von ihr wenden. Denn das Wüten faschistischer Unholde an Blutsverwandten, Geschäftsfreunden und Stammesgenossen jenseits der aufgezwungenen Grenze läßt sich nicht weglegen. Und schon der leiseste Zusammenhang unserer bürgerlichen Ordnungszelle mit dem faschistischen Gesindel wird auch dem letzten Gebirgsbauern die Augen über die öffnen, denen er bis jetzt vielfach ziemlich gedankenlos Gefolgschaft geleistet hat. Die auf dem Wiener Parteilag vom Abg. Abram verlangte Offenlegung der Aufklärung in den Alpenländern könnte gerade unter dem Eindruck der diffamierenden Freundschaft Mussolinis für die Heimatwehren vollen Erfolg für den inneren Frieden in Deutschösterreich bringen.

## Stahlhelmüberfall.

Die amtlichen Instanzen schweigen.

In Embsen, einem Dorfe in der Nähe von Helsen (Hannover), hielt der Deutsche Landarbeiterversband am Sonntag eine Kreisversammlung ab, an die sich ein kleines Lanzvergnügen anschloß. Die Veranstaltung war bereits beendet, als mehrere ihrer Teilnehmer von etwa 7 bis 10 Angehörigen des Stahlhelms ohne jeden Grund überfallen und mit Säcken und Stöhlen niedergeschlagen wurden. Es ist vorläufig nichts darüber bekannt geworden, daß die Staatsanwaltschaft bereits die notwendigen Nachforschungen eingeleitet hat.

Das halbamtliche Wolff-Bureau und sein schwerindustrieller Konkurrent, die T. U., werden von alledem nichts. Sie sind dagegen mit Feuerzifer dabei, wenn einmal Angehörige des Reichsbanners provozierenden Stahlhelmskuten gegenüber vom Recht der Rotwehr Gebrauch machen.

## Der Rechtsbloß ist hartnäckig.

Lehnt alle Verbesserungsanträge zur Beamtenbeförderung ab.

In der Mitwochung des Ausschusses für den Reichshaushalt, in der die Beratung des Beamtenbeförderungsgesetzes bis zum 9. weiter geführt wurde, rief insbesondere die Frage der Anrechnung der Dienstzeit der Versorgungsanwärter lange Debatten hervor.

Die Regierung schlug folgende Regelung vor: Den Versorgungsanwärtern wird bei der ersten planmäßigen Anstellung, wenn sie im Heer, in der Marine oder in der Schutzpolizei a) acht Jahre oder weniger gedient haben, die tatsächlich abgeleistete Dienstzeit bis zu einem Jahre, b) über acht Jahre gedient haben, außerdem die Dienstzeit im Heer, in der Marine oder in der Schutzpolizei, soweit sie und die nachfolgende Zivildienstzeit acht Jahre übersteigt, mit der darüber hinausgehenden Zeit, höchstens aber mit weiteren fünf Jahren auf das Befoldungsdienstalter angerechnet.

# Alle ran!



Der Bloß, der uns den Weg zu Freiheit und Licht versperrt, wankt schon. Wenn alle anfassn, stürzt er.

Demgegenüber verlangten die sozialdemokratischen Vertreter, durch den Genossen Steinkopf, daß an Stelle der acht Jahre sieben Jahre gesetzt und daß im Höchstfalle statt der von der Regierung vorgeschlagenen fünf Jahre sieben Jahre angerechnet werden sollten.

Genosse Rohmann verlangte des weiteren, daß Beamten, die schwerverletzt oder nachweislich nur durch die Kriegsteilnahme verspätet zur Anstellung gekommen sind, die volle beim Heere zugebrachte Dienstzeit auf das Befoldungsdienstalter angerechnet werde.

Die Regierungsvertreter mußten zugeben, daß die gegenwärtigen Verhältnisse unhaltbar seien, lehnten aber im Einklang mit einem Antrag der Regierungsparteien ab, diese angeblich außerordentlich komplizierte Materie im Gesetz selbst zu regeln, sondern erklärten, daß eine weitere als bisher gehende Anrechnung in den zu erlassenden Ausführungsbestimmungen vorsehen werden würde.

Solchem Ausweichen widersprach Genosse Rohmann. Auch der Zentrumsführer Dr. v. Guérard bedauerte die unklare Haltung der Regierung und verlangte bis zur zweiten Sitzung eine genau protokollierte Darlegung der Absichten der Regierung. Je nach dem Inhalt dieser Darlegung würden die Regierungsparteien sich dann das weitere vorbehalten.

# Hochschule oder Hexenschule?

Ein Berliner Professor, der Republik und Regierung verächtlich macht.

Der Lehrer für Rechtsgeschichte an der Berliner Universität Prof. v. Roeller mißbraucht sein Amt zu einer politischen Hege gegen die preußische Regierung und gegen die Republik. Seine Einstellung zu dem Staat, dessen Arbeitnehmer er ist, kennzeichnete er in einer seiner Vorlesungen selbst durch ein Zitat aus C. F. Meyers „Hutten letzte Tage“:

„Und schmeide Du uns unse alle Kaiserkrone neu!“

Nach deutscher wurde er, als er während einer Vorlesung über „Deutsche Rechtsgeschichte“ einen Werbebogen der „Deutschen Republik“ nach spöttischen Bemerkungen über die Farben des Reiches, Schwarzrotgold, vor den Augen der Studenten mit den Worten herumdrehte:

„Jeder, der sehen kann, sieht, daß sich die Republik drehen kann. Mal steht sie rechts, mal steht sie links, manchmal steht sie auch auf dem Kopf.“

Nach diesen Proben nimmt es nicht wunder, daß dieser preußische Hochschullehrer seinen Lehrauftrag auch zu einer niederträchtigen Hege gegen den preußischen Staat und gegen die preußische Staatsregierung mißbraucht. Die nötige Hochachtung vor dem Staat glaubt er den Hörern, die auf den Staatsdienst vorzubereiten sein Auftrag ist, dadurch beizubringen, indem er ihn als „Museum Grzesinski“ bezeichnet. Den Respekt vor der Staatsregierung, unter der die jungen Rechtsbestimmten einmal arbeiten sollen, impiert er seinen Hörern ein, indem er sie vom Katheder herab — zum Kampf gegen den Kultusminister auffordert:

„Meine Herren! Auf der einen Seite steht die deutsche Studentenschaft und die gesamten deutschen Professoren, soweit sie Christen sind — und auf der anderen Seite steht ein Mann, der auch kein Halbgott ist.“

Um diesen „Mann“ näher zu charakterisieren, bespricht er eine Stelle aus Kultusminister Beckers Buch „Christentum und Islam“ und nennt den darin vertretenen Standpunkt mottigerzig, schwach und elend.

Daß dieser von Roeller wahrer Antisemit ist, versteht sich von selbst. Daß der von Roeller außerdem die Hochschule mit einer politischen Hegeanstalt zwecks Züchtung eines hemdsärmeligen Schlagetot-Antisemitismus verwechselt, sollte sich eigentlich nicht von selbst verstehen, läßt sich aber dokumentarisch belegen. Gleich zu Anfang des Semesters, das er mit einer Bemerkung über das „verjudete römische Recht“ eingeleitet hatte, zitierte er mit bewährter Tendenz und berechnetem Pathos den Schlusssatz aus einer Rede des Theologen Paul Kleinert:

„Das Angezeigte, das aus der Wüste kam, muß man unter den Füßen zertrampeln.“

Getrönt wird die bisherige akademische Tätigkeit des von Roeller durch die „Mannstat“, die er sich in seinem

Eine lebhaft ausgesprochene rief dann noch die Forderung der sozialdemokratischen Vertreter hervor, daß neben dem Grundgehalt nicht ein Wohnungsgeldzuschuß, sondern Ortszuschläge gewährt werden sollen.

Wie bisher wurden in der Abstimmung alle Anträge der Opposition abgelehnt.

## Abklingender Nationalismus.

Veröhnungsworte in der Tschechoslowakei.

Prag, 9. November.

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses bezeichnete Ministerpräsident Soehla die Organisierung des Landwirtschaftsstandes als sein Lebenswerk. In der Bodenreform kann sich kein Staat in Europa solcher Erfolge rühmen wie die Tschechoslowakei. Es lag nicht in unseren Intentionen, die Bodenreform zur Nationalisierung zu benutzen. Beweis dafür ist, daß an der Erwerbung des gepachteten Bodens mehr deutsche als tschechische Bewerber teilhatten.

Die tschechisch-deutsche Zusammenarbeit ist eine allzu ernste Angelegenheit, als daß sie mit einigen kurzen Bemerkungen abzuferigen ist. Ich bin fest überzeugt, daß das nationale Problem seine Lösung finden wird. Die ganze Entwicklung geht dahin, den Kampf durch ein Einvernehmen ersetzen zu können. Es ist kein Unglück für unser Land, daß es von zwei Nationalitäten bewohnt ist. Es ist dies vielmehr ein großes Plus, da durch angestrengten Wettkampf ein höheres Kulturniveau erreicht wird. Ich glaube an den Sieg der gesunden Vernunft, die eine fruchtbare Zusammenarbeit beider Nationen gewährleistet, und ich werde meine Kräfte immer für die große Idee zur Verfügung stellen.

## Wahlen in Nordamerika.

Erfolg der Alkoholverfolgter.

New York, 9. November.

Verschiedene Wahlen, bei denen es sich um lokalpolitische Fragen handelte, sind fast ohne Zwischenfälle verlaufen. In Louisville (Kentucky), wo der scharfe Wahlkampf zwischen dem demokratischen und dem republikanischen Gouverneurskandidaten noch unentschieden ist, wurden zwei Wähler bei einer Schießerei getötet. In Wilkesbarre (Pennsylvanien) kam es mehrfach zu Tumulten, da Wahlurnen wegen versuchten Wahlbetruges beschlagnahmt wurden. Im Staate New York zeigt der Wahlausfall eine Stärkung des Prestiges von Gouverneur Smith, der vielfach als demokratischer Präsidentschaftskandidat genannt wird. In Detroit wurde ein Prohibitionsgegner zum Bürgermeister gewählt. Auch in Ohio hat sich in dem Ausfall der Wahlen eine prohibitionsfeindliche Stimmung gezeigt.

## Städtische Oper.

Debussy „Pelleas und Melisande“.

Dieses Musikdrama, in Berlin seit zwanzig Jahren nicht mehr gegeben, fand in der gestrigen Neuaufführung der Städtischen Oper lebhaften Beifall, der sich um Schluß für alle Mitwirkenden zu stürmischer Begeisterung steigerte. Bruno Walter brachte in vollkommen harmonischer Zusammenarbeit mit Karl Heinz Martin die vielfältigen Reize des bedeutenden Wertes zu ungeahnter Wirkung.

Dienstag-Kolleg über „preussische Rechtsgeschichte“ leitete. Er forderte die Katholiken und Protestanten auf, sich zusammenzuschließen und alles aus dem Vaterlande zu entfernen, was nicht deutsch und nicht christlich sei. Als sich in den Beifall Protestrufe mischten, fuhr der von Roeller fort:

„Die Studenten, die sich hierzu in bewussten Gegensatz stellen, haben nicht das Recht, hierzulieben.“

Ostentato verließen einige Studenten den Saal. Der von Roeller rief ihnen, indem er höhnisch zur Tür wies, nach: „Es ist nicht schade drum!“

Es hat einen Fall Lessing gegeben, weil einem Rudel von Kadavertanten die journalistische Tätigkeit dieses hannoverschen Hochschullehrers nicht gefiel. Das, was sich der Berliner Rechtslehrer von Roeller fortgesetzt geleistet hat, ist hundertmal schlimmer.

## Studententum und Großdeutschland.

In dem Kampfe, den die „Deutsche Studentenschaft“ gegen den preussischen Kultusminister Becker führt, spielt seit einigen Wochen eine vertrauliche Unterredung eine Rolle, die der Minister kürzlich mit dem Vorstand der „Deutschen Studentenschaft“ hatte. Der Vorstand hat von dieser Unterredung, in deren Verlauf von keiner Seite irgendwelche Notizen gemacht worden waren, eine sogenannte Niederschrift veröffentlicht, die dem Minister überhaupt nicht vorgelegen hat.

In einer Erwiderung stellt Kultusminister Dr. Becker jetzt fest, daß er mehrfach schriftlich und mündlich die großdeutsche Koalition als wünschenswert bezeichnet habe, daß daran jedoch alle Zustandsdeutschen ohne Unterschied der Klasse und Konfession beteiligt werden müßten. Eine Koalition mit ausschließlich völkischen Gruppen könne dagegen nicht gebildet werden. Solange also die österreichischen und böhmischen Gruppen auf ihrem rein parteipolitisch gestimmten Standpunkte verharren, sei leider nur eine reichsdeutsche Koalition möglich. Ferner betont der Minister gegenüber geöffnigten Einstellungen der „Deutschen Studentenschaft“, daß die Verschärfung der Kontrollaufgaben des Vermögensbetrags durch das Staatsministerium wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten in der Kasernenverwaltung einzelner Studentenschaften notwendig geworden sei. Das Recht des Ministeriums, bei der Prüfung des Haushaltsplanes Ausgabenposten zu streichen, habe auch nach dem alten Studentenrecht bestanden und sei auch mehrfach ausgeübt worden.

Diese Äußerung des Ministers bringt eine begründete Rührung in den leidigen Konflikt der deutschösterreichischen akademischen Jugend mit der staatlichen Hochschullehre. Sie wird hoffentlich dazu beitragen, eine reinliche Scheidung zwischen den agitatorisch verhehten und den anständigen Elementen innerhalb der Studentenschaft herbeizuführen.



# Manöver der Schwerindustrie.

## Um dem Achtstundentag zu entgehen.

Das Wolff-Bureau meldet: die Großindustrie hat vor kurzem beim Reichsarbeitsministerium beantragt, die Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung über die Arbeitszeit in den Stahl- und Walzwerken vom 16. Juli 1927 im Hinblick auf große technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verlängern. Über diesen Antrag hat am 9. November im Reichsarbeitsministerium eine Aussprache mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer stattgefunden, in der die Gründe für und gegen ein hinausschieben des Inkrafttretens eingehend durchgesprochen wurden. Zur Prüfung der für den Antrag vorgebrachten Gründe werden noch weitere Ermittlungen erforderlich sein. Inzwischen wird die Großindustrie gebeten werden, ihre Vorbereitungen für die Inkraftsetzung der Verordnung wegen dieser Ermittlungen nicht zu unterbrechen.

Es handelt sich, wie unsere Leser wissen, um die Wiedereinführung des Dreischichtensystems, das auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen eigentlich nie hätte beseitigt werden dürfen und das auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 31. Dezember 1923 über die gesundheitschädlichen Betriebe nunmehr nach reichlich vier Jahren am 1. Januar eingeführt werden muß.

Die Schwerindustriellen gehen aber trotz des einstimmigen Gutachtens des Reichswirtschaftsrats, trotz der auf Grund dieses Gutachtens erlassenen Verordnung des Reichswirtschaftsministers ihr Spiel mit Leben und Gesundheit der Arbeiter noch immer nicht verloren. Sie kündigen ihren Bankrott an, veranlassen dunkle Börsenmanöver, bereiten Stillelegungen vor, um den nötigen Druck auf den Minister auszuüben.

Diese gewalttätige Politik wird ihr Ziel nicht erreichen. Der Ausschlag der Renteilung des Wolff-Bureaus läßt erkennen, daß die vorgebrachten „Gründe“ der Schwerindustriellen nicht als besonders stichhaltig erachtet wurden.

Die Schwerindustriellen mögen immer auf Bankrott spielen. Sie mögen den Bankrott organisieren durch eine Ueberkapitalisierung ihrer Betriebe. Sie werden niemanden mehr täuschen, der nicht getäuscht sein will. Denn keinem Wirtschaftspolitiker wird man heute noch vormachen können, daß das Dreischichtensystem unwirtschaftlich, daß es unwirtschaftlicher als das Zweischichtensystem ist. Wenn die Herren nach dem Zusammenbruch des Ruhrkrieges sich unter das Protektorat des Generals Rollet zu stellen versuchten, um den Achtstundentag zu beseitigen, so muß ihnen nun endlich klar gemacht werden, daß es mit dieser Politik vorbei ist. Auch die Schwerindustrie muß sich unter das Befehl beugen.

## Lohnpolitik der Vereinigten Stahlwerke

### Angemessene Gewinne und Stillelegungen.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ brachte am 6. November folgende Meldung aus Düsseldorf unter der Spaltenüberschrift: „Folgen eines Schiedsspruchs“:

Am 17. Oktober fällte der Schlichtungsausschuss Hagen für den Bezirk Reimathe einen Schiedsspruch, durch den sich die Tariflöhne um 12 Proz. erhöhen und außerdem ein Ausgleich für die Akkordarbeiter gewährt wird. Da hierdurch die wirtschaftliche Lage der westfälischen Union Nachrod, Fein- und Weißbleichwalzwerk der Vereinigten Stahlwerke aufs schmerzhafteste gefährdet wird, wurde der auf Grund der Stillelegungsverordnung zuständige Stillelegungsgericht, daß das Wert nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist stillgelegt werden muß. Von der Maßnahme werden etwa 1500 Arbeiter betroffen.

Zu dieser Meldung gibt uns die Verwaltungsstelle Hohentamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die für den Nachrodter Bezirk Tarifkontrakt ist, folgende Darstellung des Sachverhalts:

Der Lohnstar wurde von den Gewerkschaften zum 1. Oktober getätigt, da die Löhne im Bezirk Reimathe fast die niedrigsten waren. Der Spitzenlohn des 25jährigen Handwerkers betrug 65 Pf., der des Hilfsarbeiters 55 Pf. Die Verhandlungen mit den Unternehmern scheiterten. Die Gewerkschaften erklärten, daß sie den Schlichtungsausschuss nicht anrufen werden. Der Arbeitgeberverein hat daraufhin den Schlichtungsausschuss angerufen. Dieser sprach dann den Arbeitern eine Erhöhung der Tariflöhne um acht Pfennige zu, so daß die Spitzenlöhne jetzt 73 bzw. 62 Pf. betragen. Die Akkordarbeiter erhalten durch diesen Schiedsspruch vier Pfennige Zulage bei einem Verdienst bis zu 90 Pf., drei Pfennige bis zu 120 M. und zwei Pfennige bei über 120 M. Verdienst.

Die Unternehmer lehnten zuerst den Schiedsspruch ab. Eine Gewerkschaft beantragte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches. In den Verhandlungen hierüber erklärten die Vertreter der Unternehmer, den Schiedsspruch anzuerkennen, nachdem der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung zurückgezogen worden war. Es handelt sich also in Wirklichkeit nunmehr um eine freie Vereinbarung auf der Grundlage des Schiedsspruches.

Nun soll die Rentabilität der Union Nachrod nach dieser Lohn-erhöhung derart gesunken sein, daß ihr Weiterbetrieb sich nicht mehr lohnt! In der gleichen Ausgabe der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ findet sich ein Geschäftsbericht über die Vereinigten Stahlwerke von 1926/27. Schon im Untertitel heißt es: „Steigerung der Produktion. Ueber 2,4 Milliarden Mark Umsatz. Angemessene Betriebsgewinne zu erwarten.“

Wahrscheinlich sollte die „Union Nachrod“ aus spekulativen Gründen ohnehin stillgelegt werden. Indem man die Lohnzulage als Grund vorschützt, glaubt man sich der

wirtschaftlichen und moralischen Verantwortung für die Stillelegung am besten entziehen und der Arbeiterschaft samt dem Schlichtungsausschuss die Schuld in die Schuhe schieben zu können.

„Angemessener Betriebsgewinn“ für die Aktionäre, Arbeitslosigkeit für die Arbeiter.

Die „Notwendigkeit“ der Stillelegung muß in diesem Falle besonders genau nachgeprüft und der Vorwurf gegen den Schlichtungsausschuss zurückgewiesen werden.

## Der Achtstundentag marschiert.

Genf, 9. November. (Eigenbericht.)

Wie das Internationale Arbeitsamt mitteilt, sind in einer Reihe von Ländern einige Fortschritte hinsichtlich der Anwendung des Achtstundentages gemacht worden. So ist in Frankreich in sieben weiteren Industrien durch Sonderabmachungen die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Auch in Belgien wurde eine Verordnung über die Ueberzeitarbeit in

## Werkmeister!

### Wählt am 13. November zur Angestelltenversicherungs-Wahl die Liste F

Liste der Werkmeister, Deutscher Werkmeisterverband (Sitz Düsseldorf) (AFA)

Saisonindustrien erlassen. In Mexiko wurde am 1. September allgemein für Arbeiter und Angestellte der Achtstundentag eingeführt. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird ebenfalls berichtet, daß sich in der dortigen Metallindustrie der Achtstundentag jetzt überall durchgesetzt habe. Neuerdings hat auch der argentinische Arbeitgeberverband seinen bisherigen Widerstand gegen die Einführung des Achtstundentages aufgegeben.

## Politik der Syndizi.

### Warum 100000 Arbeiter ausgesperrt werden.

Die Riesenaussperrung in der Zigarrenindustrie ist typisch für die Unternehmerpolitik, wie sie von kämpfbereiten Syndizi betrieben wird. Seit 16 Jahren gab es in der Zigarrenindustrie keinen Streik, jedenfalls keinen Streik, der irgendwo von Bedeutung gewesen wäre. Vor 16 Jahren kam es in Westfalen zu einer großen Aussperrung, weil die Arbeiter in einigen Fabriken wegen abgelehnter Lohnforderungen in den Streik getreten waren. Das war der letzte große Kampf. Es kann also wahrhaftig niemand behaupten, daß die Zigarrenarbeiter besonders streiklustig waren.

Aber den Herren Syndizi war der lange Frieden, der in der Zigarrenindustrie herrschte, offenbar lästig geworden. Sie wollten gern einmal nach berühmten Mustern einen irisch-fröhlichen Krieg. So kam es zur Kündigung und zur Aussperrung, die am kommenden Sonnabend vollzogen werden wird, sonst sie nicht bereits vollzogen ist.

Diese Politik gewissenloser Hofardeure ist selbst vielen Zigarrenfabrikanten nicht recht geheuer. Bisher wurden die Kündigungen zurückgenommen und erst unter stärkstem Druck wieder erneuert. Viele Fabrikanten sagen auch ihren Arbeitern, daß es mit der Kündigung nicht so ernst sei.

Diese Fabrikanten hoffen offenbar, daß von dritter Seite den Gewerkschaften im Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller noch vor dem 13. November der Kopf zurechtgestellt werden wird. Da aber die Fabrikanten selbst nicht den Mut zur Einsicht aufbringen, sich ins Schlepptau dieser Gewerkschaften begeben haben, hat die Arbeiterschaft der Zigarrenindustrie den Spieß umgedreht. Der Kampf hat jetzt einen Sinn bekommen. Was die Syndizi wollen, ist wirtschaftlicher Wahnsinn. Die Zigarrenarbeiter aber machen das Recht geltend, menschenwürdig leben zu können.

## Tagung des IOB.

### Bestimmung des Sitzes im Januar.

London, 9. November. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des IOB nahm am Mittwoch zunächst den Finanzbericht entgegen. Aus ihm geht hervor, daß sich die in den ersten drei Quartalen gemachten Ausgaben des IOB im Rahmen des vorgegebenen Etats gehalten haben. Der Vorstand erledigte dann eine überaus umfangreiche Tagesordnung. Zunächst wurde beschlossen, das internationale Berufssekretariat der Lehrer in derselben Weise dem IOB anzugliedern wie die übrigen Berufssekretariate. Bei dieser Gelegenheit kam man überein, die für November und Dezember geplanten Aktionen zugunsten des Washingtoner Abkommens aus praktischen Gründen zu verschieben. Die Frage soll den Ausschuss im Januar nochmals beschäftigen. Auch ein Beschlüß über die vom Vorstand vorgelegte Denkschrift zur Verlegung des Bureaus des IOB, soll erst auf der kommenden Tagung des Ausschusses in Berlin gefaßt werden. Als Sitz des Bureaus schlägt der Vorstand Belgien bzw. Deutschland oder die Schweiz vor.

Der Vorstand des IOB beschäftigte sich dann noch mit der Wahl des Vorstehenden des IOB. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit der Ausschussung im Januar vorzulegen und zwar mit der nachdrücklichen und bestimmten Absicht, die Wahl des Vorstehenden im Januar selbst dann vorzunehmen, wenn wider Erwarten keine Einigung mit den britischen Gewerkschaften zustande gekommen sein sollte.

## Der rheinische Textilarbeiterkampf.

### Ein Vermittlungsversuch.

Barmen, 8. November.

Im rheinischen Textilarbeiterstreik ist nach der in Kraft getretenen Aussperrung eine Veränderung nicht eingetreten. Von den Parteien ist bisher kein Antrag auf Einleitung eines amtlichen Schlichtungsverfahrens gestellt worden. Dagegen haben heute die Oberbürgermeister von Barmen und Elberfeld beim Vorstehenden des Schlichtungsausschusses für das bergische Land und beim Schlichter in Dortmund das Ersuchen gestellt, in öffentlichem Interesse das förmliche Schlichtungsverfahren zur Beilegung des Streiks einzuleiten. Es steht zu erwarten, daß spätestens Freitagvormittag das amtliche Schlichtungsverfahren einsetzt wird.

## Streikbeschuß der Bauanschläger.

### Um die Erhöhung der Löhne.

Der Metallarbeiterverband hatte den Nachtrag zum Bauanschlägerarbeitsvertrag zum 31. Oktober gekündigt und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Proz. und des Akkordzuschlages, der bisher 80 Proz. auf den Vorkriegslohn betrug, im gleichen Prozentverhältnis gefordert.

Trotzdem die Kündigung rechtzeitig ausgesprochen war, vertrieben die Unternehmer die Verhandlungen bis zum 26. Oktober. In diesen Verhandlungen erklärten sie die Forderungen der Bauanschläger für völlig undiskutabel und forderten sogar von der Verhandlungskommission, nachdem diese eine Reduzierung der Forderung abgelehnt hatte, daß sie die Zustimmung zu einer Verlängerung des Tarifes geben solle. Dieses Ansuchen lehnte die Verhandlungskommission entschieden ab, da die Löhne der Bauanschläger seit Oktober 1925 nicht erhöht worden sind. Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen und der Schlichtungsausschuss zur Vermittlung angerufen.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses erklärte in den gestrigen Verhandlungen, daß er eine wesentliche Erhöhung der Bauanschlägerlöhne nicht verantworten könne und begründete seine Auffassung damit, daß dadurch eine Verteuerung der Wohnmieten eintreten könnte (!!). Er schloß schließlich nach längeren Verhandlungen gegen die Stimmen der Arbeiter- und Unternehmervertreter einen Schiedsspruch, der ab 15. November bis 30. Juni eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf. und des Akkordzuschlages um 10 Proz. vorschlägt.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen und den Schiedsspruch berieten gestern Abend Genosse Fuchs vom Metallarbeiterverband in einer gutbesuchten Versammlung der organisierten Bauanschläger im Verbandslokal der Metallarbeiter. Der Branchenleiter teilte mit, daß die Funktionäre nach eingehender Beratung beschlossen haben, der Versammlung die Ablehnung des Schiedsspruches zu empfehlen. Die Versammlung lehnte jede Debatte über den Schiedsspruch ab und beschloß einstimmig den Streik. Sie beauftragte die Branchenleitung, alle weiteren Maßnahmen über den Beginn des Streikes und seine Durchführung zu treffen.

Wagung, Werner-Wartenfels. Am Freitag, 11. November, 16½ Uhr, bei Witzgrube, Marienfelde, wichtige Versammlung aller SPD.-Genossen. Die Mitglieder haben sich mitzubringen. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.  
Freitag, Donnerstag, 10½ Uhr, lassen die Gruppen: Schöneberg, Jungfermayer, Dorotheen, 11 (Rohrstraße), Dorotheen, Reinickendorf, Köpenick, Gruppe beim Waldpark, Ostend, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Karlsruhe: Wir wollen leben — wir wollen weiden! Verbesserung der Schulung der Arbeiter, 19. November, 19 Uhr, im Saal des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verband der Arbeiter- und Staatsbeamten, 11. November, 19 Uhr, im Saal des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verband der Arbeiter- und Staatsbeamten, 11. November, 19 Uhr, im Saal des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Jugendgruppe des IOB, Bezirk Schöneberg, 10½ Uhr im Jungfermayer, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Schriftf. G. H. Müller; Gewerkschaftsbewegung: G. H. Müller; Redaktion: G. H. Müller; Briefe und Zuschriften: Frau K. Müller; Druck: G. H. Müller; Verlag: G. H. Müller; Berlin: G. H. Müller; Preis: G. H. Müller; 1925: G. H. Müller.

„Die Wäsche des Kindes!“  
Die Ausstellung, die Ihnen viel Freude machen wird, beginnt Morgen!  
**Grümfeld**  
Mädch. - Nachthemden 5<sup>10</sup> Mädchenröcke 3<sup>50</sup>  
Berlin W 8, Leipziger Strasse 20-22

Koche mit Liebe und frischer Resi!  
Und aufs Brot die frische Resi,  
**Resi-Speisen**  
auf den Tisch!  
Denn diese bayerische Kernmargarine aus den B. M. W. Nürnberg vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: Vitamine und Alpenmilch.  
Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Resi“ verlange man gratis den neuesten Band der Real-Kochbücher. Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Real-Agentur, Berlin NO 41, Neue Königstr. 37. Tel.: Königstr. 1865, 1866, 1867.



## Massenaufmarsch zu den Revolutionsfeiern

### In allen Bezirken große Beteiligung.

Man kann zusammenfassend sagen, daß der 9. November, der in diesem Jahre in die Zeit der Berliner Werbewoche hineinfällt, für uns als großer Erfolg gebucht werden kann. Trotz des außerordentlich ungünstigen Wetters haben es sich unsere Parteigenossen nicht nehmen lassen, in die Versammlungen und Kundgebungen der Partei zu eilen, sie wollten dort zeigen, daß Berlin sozialdemokratisch bleiben wird. Es war besonders erfreulich, daß von zahlreichen Ballonen herunter gerade in den Wohnvierteln der Arbeiterstadt Berlin die roten und schwarzroten Fahnen wehten und daß dadurch bewiesen wurde, wie sehr sich die Bevölkerung Berlins innerlich mit der Sozialdemokratie verbunden fühlt. Wie brauchen keine Angst zu haben! Wie können gewiß sein, daß im großen Kampf- und Wahljahr 1928 die Sozialdemokratie ihren Mann stehen kann und wird. Unsere Redner führten aus, daß es im Wahlkampf nur ein Ziel gäbe: den Bürgerkrieg zu belegen. Die Herren Reudel, Heeg, Schiele und Koch müssen in Grund und Boden gewählt werden. Jeder einzelne Parteigenosse hat die Pflicht, in diesem Kampfe seinen Mann zu stehen; denn wie heute in Preußen eine republikanische Regierung besteht, so muß nach dem großen Wahljahr 1928 auch im Reich die Republik ans Ruder kommen. Dieser Reichstag, der heute noch vorgibt, zu amtieren, muß so schnell wie möglich in der Verfassung verschwinden. Das Volk hat das Wort. Die Ergebnisse der Wahlen in Hamburg, Harburg, Oldenburg und Neu-Brandenburg zeigen uns, daß überall die Lichter der roten kommenden Wahlen aufgesteckt werden. Daran zu denken und dafür zu arbeiten, daß nach den Enttäuschungen der letzten neun Jahre 1928, das große Kampfjahr für ganz Europa, uns die republikanische Mehrheit, die unantastbare unerschütterlich große sozialdemokratische Fraktion in den Parlamenten bringe, das sei unsere Aufgabe. Dafür wollen wir wirken, und wenn wir alle in Stadt und Land, Mann und Frau, die Fäden zusammenheften und uns mit letzter Kraft einsetzen für unser Ziel, dann wird es uns gelingen. Dann wird dieser 9. November ein Gedächtnis für eine bessere Zukunft des deutschen Vaterlandes und der deutschen Arbeiterklasse.

Leider ist es uns nicht möglich, über alle Kundgebungen im einzelnen zu berichten. Wir beschränken uns auf einige Berichte aus den Versammlungen der größten Säle der Innenstadt.

Ein erstes tiefes Bedenken all des erlittenen Schwers und ein feierliches Geloben des Ausschrens und der Treue für die große Sache der Befreiung. Im festlich geschmückten Gewerkschaftshaus feierte der Bezirk Mitte sein Revolutionsgedenken. Der riesige Saal war zu klein, um alle zu bergen, die gekommen waren, diesen großen Tag festlich zu begehen. Der Männerchor „Verheißung“ eröffnete die Feier mit der ersten Strophe aus dem Gesang der Bälger von Guggenbühler „Wir werben“; tief empfundene Worte, die die Herzen höher schlagen ließen und die Bereitschaft aus neue erweckten, zum Kampf für den gerechten Sieg. Es folgte die Rezitation der schönen eindrucksvollen Worte von Bruno Schönlank „Der 9. November“ durch den Bildungsobmann der Arbeiterjugend, Ernst Tollers Wort „Der Tag des Proletariats“ wurde durch die Arbeiterjugend zum Vortrag gebracht; ein Rückblick auf die schweren Kämpfe der Revolution, auf die Sehnsucht nach Erfüllung besetzten Menschentums. Genosse Bürgermeister Distrowitz hielt in flammenden Worten die Gedentrede. Unter dem Gesang der Internationale nahm die schöne Feier ihr Ende.

Ganz im Zeichen der Rüst und des Gesanges stand die Revolutionsfeier des Bezirks Kreuzberg in den Kammerböden, Teltower Straße. Der Schubert-Chor brachte Schopenhauers „Opfer, die ihr sanft dahin“, dieses feierlich-stille Requiem auf die gefallenen Brüder und „Brüder zur Sonne“ ein Weckruf an alle, die nach Freiheit dürsten. Dann sprach Frau Wally Trug mit feinem

Empfinden Rothensfelders Prolog „9. November 1918“ ein Rückblick auf all das Erlittene und ein stilles Hoffen auf den künftigen Sieg. Es folgten Cellarios von Tombello, Müll, die einem jarten Schleier der Wehmüt gleich. Reichstagsabgeordneter Genosse Ströbel hielt eine eindrucksvolle Ansprache über Vergangenes und Künftiges. Es folgten noch Rezitationen und Vorträge und unter gemeinsamem Gesang der „Internationale“ schloß die Feier. Ein Feiertag in des Wortes bester Bedeutung, ein Fest der Brudertreue und der Siegeszuversicht.

Eine imposante Kundgebung veranstalteten die Neutöllner Genossen. Der Fackelzug, der sich in der Schillerpromenade formierte, wies eine Beteiligung, die selbst für Berlin selten war. Abteilung auf Abteilung marschierten mit ihren Bannern zum Sammelplatz. Nach vorsichtiger Schätzung marschierten im Demonstrationzug 9000—10000 Personen. Mit den Klängen der Internationale begann der Anmarsch. An der Spitze marschierten Tambour- und Musikchöre. Dann folgten die Kinderfreunde, die Arbeiterjugend. Und schließlich die Parteiabteilungen mit ihren Bannern, Fahnen und Transparenten. Auch diese Kundgebung stand im Zeichen der Werbewoche. Plakate nahmen zum Eintritt in die Partei. Durch die großen Hauptstraßen Neutöllns ging der Zug zum Karlsgraben, wo die Fackeln zusammengeworfen wurden und Genosse Harnisch eine kurze Ansprache hielt.

Der Kreisverein Tempelhof-Mariendorf versammelte sich in der Dorfstraße in Mariendorf. Um 6 Uhr war der Anmarsch festgesetzt. Leider zu früh für viele, die sich erst unterwegs dem Zuge anschließen konnten. Unter Vorantritt der Reichsbannertruppe marschierten die Genossen durch Mariendorf und Tempelhof. Im Zuge wurden Fahnen und Transparente mitgeführt. Zu beiden Seiten des Zuges marschierten Fackelträger. Bunte Transparente, von innen erleuchtet, forderten zum Eintritt in die Partei auf. Anders wieder mochten „Weg mit der bürgerlichen Presse, leßt den Vorwärts!“ Am Rheinhardtplatz wurden die Fackeln zusammen geworfen und man marschierte zum Realgymnasium, wo in der Aula die Revolutionsfeier vor sich ging.

Im Bezirk Wedding versammelten sich in den Pharusälen unsere Genossen und die Freunde der Partei trotz des riefenden Regens in großer Anzahl. Der reinstetische Männerchor leitete die Feier ein. Die Ansprache des Genossen Stämpfer fand stürmischen Beifall. Es war besonders erfreulich, daß auch zahlreiche Frauen an dieser Kundgebung vom 9. November teilgenommen haben.

Eine originelle Art der Revolutionsgedenken hatten die Schöneberger gefunden. Stellungslage, der Partei nohestehende Schauspieler führten gemeinsam mit der Spielgemeinschaft der Jungsozialisten in der Schloßbrauerei eine Satire auf „Der Graf von Doorn“, ein Spiel von Königstreuen Leuten. Der Verfasser, der ungenannt bleiben will, ist ein in der Partei bekannter Mann. Das Spiel behandelt in witziger Form die Domela-Episode. In scharf umrissenen Typen karikierte der Verfasser das heutige Bürgertum, alle die kleinen Eristenzen, die um die Sonne königlicher Günst so gerne wieder kreisen möchten. Das alles ist sehr gut gelungen und treffend gestaltet, und es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel Nachahmung findet. Rezitationen aus Tollers Werken, Selbstaufsätze der Redaktionswelt und des Männerchors „Freundschaft umrahmt die Aufführung. Die Gedentrede hielt Genosse Kurt Heimg. Der Beifall war sehr groß.

Die Lichterberger Genossen hatten sich im Cecilia-Angebot in der Rathausstraße zur Feier des 9. November versammelt. Der Festsaal war überfüllt. Das Wortwörterquartett wirkte hervorragend an der Ausgestaltung des Abends mit. Genosse Künstler hielt die Festansprache, die einen Sturm der Begeisterung auslöste. Die Feier des Jahrestages der Revolution wurde durch ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Die außerordentlich eindrucksvolle Veranstaltung war eine ausgezeichnete Werbung für die Partei wurden neue Mitglieder, für die Presse neue Leser gewonnen.

Unsere Genossen vom Friedrichshain, jenem Bezirk, in dem die Sozialdemokratie so starken Einfluß besitzt, hatten sich in überaus großer Zahl eingefunden, um den Tag des 9. November zu feiern, und man freute sich besonders darüber, daß in diesem Wohnbezirk des Proletariats so zahlreiche Arbeitslose unserer Kundgebung beimohnten. Der Männerchor der Arbeiterlänger aus dem Bezirk Friedrichshain leitete die Feier durch schöne Vorträge ein. Rezitationen leiteten in den Sinn der Feier über und der Vortrag, der darauf folgte, fand begeisterte Zustimmung in allem, was darauf hingeliegt, zu zeigen, daß die Republik marschiert und daß wir vorwärts kommen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Werbewoche mit dieser Feier des 9. November trotz aller Widrigkeiten des Wetters, trotz aller Gleichgültigkeit so vieler, die noch nicht geteilt haben, einen vollen Erfolg haben wird.

In der dichtbesetzten Aula des Sophie-Charlotte-Lyzeums beging der Bezirk Charlottenburg seine 9. Revolutionsfeier. Nach kurzen Begrüßungsworten des Stadtverordneten Will sang der Männerchor „Internationale“. Darauf sprach eine jugendliche Genossin „Wir Jungen wollen rote Fahnen tragen“ und nach dem Absingen des Liedes „Sturm“ ergriff Genosse Kaufhäuser, R. d. R., das Wort, der am Schluß seiner Ausführungen den Parteiveteranen des Kreises Charlottenburg dankte, deren 25-jähriges Jubiläum gleichzeitig gefeiert wurde. Er wies auf die schwierige Lage der Vorkriegssozialisten hin und er erinnerte an die persönlichen Opfer, die damals gebracht werden mußten, ohne doch Hoffnungen auf Erfolg vorhanden waren. Genosse Will dankte dann den Parteiveteranen übermals und bat um weitere rege Mitarbeit sowohl der neu eintretenden Jugendlichen als auch der langjährigen Mitstreiter, jetzt, während der Werbewoche und auch besonders im Hinblick auf die Erfolge in Hamburg und Oldenburg. Mit einem herzlichen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Redner die eindrucksvollen Feier. Der Männerchor sang „Ein Sohn des Volkes“ und „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“.

Als Redner, soweit sie noch nicht erwähnt sind, sprachen in den einzelnen Versammlungen die Genossen: Siegfried Aufhäuser, Clara Böhm-Schuch, Dr. Rudolf Brechtel, Robert Breuer, Arthur Crapian, Emil Dittmer, Albert Fallenberg, Felix Hechenbach, Hermann Harnisch, Alfred Henke, Dr. Siegfried Kamerau, Emil Klodi, Wilhelm Landa, Dr. Richard Lohmann, Dr. Kurt Löwenthal, Otto Reier, Dr. Carl Riederer, Franz v. Puitamer, Ernst Ruben, Rudolf Schlichting, Hermann Schilling, Friedrich Stämpfer, Martin Klein, Heinrich Ströbel, Carl Vermuth, Rudolf Wisel, Eduard Jachert.

## Sieger Dewolf-van Kempen.

### Vor Tich-Zhollembek und Ehmer-Kroschel.

Geiern abend, pünktlich 11 Uhr, ging im Sportpalast die 12. Berliner 143-Stundenfahrt zu Ende. Sie brachte den Sieg der Mannschaft Dewolf-van Kempen mit 344 Punkten vor Tich-Zhollembek 422, Ehmer-Kroschel 380, Kroll-Riethe 242, Nauch-Hürigen 204, Junge-Behrend 191 und Wandst-Lacquehoq 88 Punkten. Ingesamt wurden in 143 Stunden 3710,165 Kilometer zurückgelegt. Das Feld fuhr von 10—11 Uhr 21 Spurts zu je zehn Runden. Unter dem Befehl des Hauses führten sämtliche sieben Mannschaften, mehr oder minder bejubelt, die Ehrenrunde.

## Die letzte Nachmittags-Wertung

Erachte im Felde keine nennenswerte Veränderung. Ehmer-Kroschel führten mit 314 Punkten in der Spine vor Tich-Zhollembek 272, Dewolf-van Kempen 269, Kroll-Riethe 172 und Nauch-Hürigen 88 Punkten. Anappe-Tonani durften allerdings die letzte Stunde, die heiße, nicht mitmachen. Lomanis Sturz stellte sich als so schwer heraus, daß er aufgeben mußte. Schade, daß dieser zähe Fahrer im Schlussspurte fehlte.

In der neunten Abendstunde war die Halle ziemlich ausverkauft. Im Felde selbst ging es vorerst ruhig zu; die Fahrer waren sich sämtlich der letzten harten Stunde, die ununterbrochen Wertungen brachte, bewußt und bemüht, ihre Kräfte hierfür zurückzustellen. Bei diesen Wertungen erhielt der erste 20, der zweite 10 und der dritte 5 Punkte. Um 9 Uhr abends holte das Feld insgesamt 3629,480 Kilometer zurückgelegt. Bevor jedoch die letzte Stunde

## Zement.

### Roman von Jodor Gladkow.

Badjins Wangen zuckten, unter den dicken Lippen erglänzten seine Zähne in einem Lächeln. Er setzte sich. Rahm aus seiner Tasche ein Paket Zigaretten. Steckte sich eine Zigarette an und schob Obje das Paket zu.

„Ich höre. Sagen Sie kurz und bündig, was Sie wollen. Wie heißen Sie?“

Auch Obje setzte sich. Er sah die Zigaretten nicht an und nahm seine Notarismistepfeife.

„Im Auftrage der Arbeiter muß ich rasch berichten. Durch die Zelle und in Versammlungen haben die Arbeiter beschlossen, Holz vom Waldgehu mit Hilfe der mechanischen Kraft durch den Bremsberg zuzuführen. Der Techniker des Werkes wird die Zeichnungen und den Arbeitsplan vorbereiten. Zwei, drei Sonntagsarbeiten aller Gewerkschaften und wir werden Berge von Holz in die Waggons verladen können. Rechnen Sie aus, wieviel Holz wir bis zum Herbst herunterbringen werden. Die Holzsteuer ist ein Unsinn; die Bauern werden zu den Rüberbergen überlaufen. Und mit Lastschiffen können wir nichts anfangen. Die Lastschiffe sind alle verkauft, von den Weilen zer schlagen, zum Teufel. So ist es. Ich heiße Tschumalaw, bin Schlosser des Werkes und Regimentskommissar der Roten Armee.“

Badjin streckte ihm die Hand entgegen. Wieder zuckten seine Wangen, und die Zähne bligten unter einem Lächeln.

„Na, das ist eine ernste Sache, die man erst abtosten muß. . . Sagen Sie, ist Dascha Tschumalawa Ihre Frau?“

Obje, mit seiner Pfeife beschäftigt, riß die Augen im scharfen Blicke auf, sah von der Seite Badjins Gesicht und Hände an und streckte ihm, über seine Pfeife hinweg, seine Hand entgegen, so daß die Röhre seines Uniformrockes trachten.

„Ich bin aber nicht deswegen hier, Genosse Vorsitzender. Ich habe eine andere Sache vor. Was denken Sie über die Inbetriebsetzung des Werkes?“

Badjin sah Obje an, und in seinen Augen entzündeten sich goldene Funken. Er lehnte sich an den Stuhlücken. Seine Augenlider bebten in krampfhaftem Zittern.

„Obje Tschumalaw, der ohne Nachrichten verschwundene Mann Daschas, die keinen anderen Frauen ähnlich ist. Dascha, nach der er einst die Hand ausgestreckt hat. Es

gab kein Weib, das nicht unter seinen Händen, unter seinen Augen wie ein Strohalm zerbrach, und sie war wie eine stählerne Springsfeder, die ihn bis ins tiefste Innerste verletzte hat. Und weil diese Frau, Führerin der städtischen Proletarierinnen, die Kampfgruppen der Weiber jeden Tag eigenhändig zusammentrieb und ihren Platz unter den Männern behauptete, war er, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, Badjin, nicht imstande, sich ihr so zu nähern, wie er es anderen Weibern gegenüber tat. Badjin dachte jeden Tag daran, von welcher Seite er sich Dascha nähern könnte, um sie mit einem Schlags zu bezwingen.

Und hier, neben ihm, Auge in Auge mit ihm, saß der Mann, der plötzlich und unerwartet sich zwischen ihn und diese Frau stellte.

„Ueber das Werk wollen wir vorläufig nicht sprechen, Genosse Tschumalaw. Es ist nicht in unserer Macht, das Werk in Betrieb zu setzen. Aber die Frage der Wiederaufrichtung des Bremsberges werden wir in der nächsten Sitzung der Wirtschaftskonferenz aufwerfen.“

Obje ließ erkaunt seine Pfeife auf die Knie sinken. Steckte sie wieder in den Mund und begegnete mit seinen Augen den Augen des Vorsitzenden. Was in der Tiefe dieser Augen war, konnte Obje nicht fassen und formulieren: eine schwarze Trübe ging wie eine Welle durch sie.

„Das heißt . . . wie ist das nicht in unserer Macht? Das ist eine Schmach: das Werk besucht nicht einmal seine eigenen Winkel, von den Arbeiterwohnungen gar nicht zu reden. Ueberall Zerstörung: keine Türen, keine Fenster, und wenn schon Türen da sind, dann sind statt Schloffer Stricke oder Drähte an ihnen. Wie wollen Sie also, daß man das Werk nicht bis auf die kleinsten Teile ausplündere? Wer züchtet diesen Verfall, Sie oder die Arbeiter? Es existieren Anweisungen auf flüssiges Brennmaterial für das Werk. Wo sind diese Anweisungen? Die Arbeiter wollen wissen, welcher Schuld diese Anweisungen schluckt. Verstehen Sie nun, welche Mißwirtschaft das ist? . . . Ein so unermesslicher Reichtum, der durch die Verarbeitung des Rohmaterials zu erreichen wäre. . . Und die Magazine stehen leer. . . Organisiert die Vorarbeiten. . . Ihr schreit immerzu über die Müßiggänger und Faulenzer und züchtet selber Nichtstuer und Dubessackpfeifer. . . Diesen euren Volkswirtschaftsrat sollte man an die Wand stellen und die verantwortlichen Arbeiter und das ganze Spezialistengesindel — für all diese gräßliche Unwirtschaftlichkeit — als böswillige Feinde der Räte-macht. . . So hat man die Frage zu stellen, Genosse Vorsitzender.“

„Genosse Tschumalaw, wir können diese Frage ebensogut wie Sie stellen. Man muß aus der konkreten Lage heraus urteilen. Wir können nicht selbständig, unter Umgehung der staatlichen Kommission zur Ausarbeitung eines Planes für die Wiederherstellung der Landwirtschaft und der Industrie — solche Fragen von allgemein staatlicher Bedeutung lösen.“

„Ich verstehe die allgemein staatliche Bedeutung, Genosse. Ich spreche eben auch über die allgemein staatliche Bedeutung. Wenn Ihr schon in der Wirtschaftskonferenz alles mögliche durchkaut, warum geht Ihr nicht an diese Frage heran?“

„Wenn die Zeit da ist, werden wir die Frage auch von dieser Seite berühren, Genosse Tschumalaw. Alles hängt von der Perspektive der neuen ökonomischen Politik ab. Dieser Augenblick ist jetzt nicht mehr sehr fern.“

„Genosse Vorsitzender, telefonieren Sie an den Volkswirtschaftsrat . . .“

„Wozu telefonieren, wenn es ganz nutzlos ist?“

„Telefonieren Sie an den Volkswirtschaftsrat, Genosse Vorsitzender. Wollen wir mit ihnen deutliche Worte reden.“

„Gut, wollen wir mit ihnen über den Bremsberg reden.“

Badjin telefonierte, und wieder ging eine schwarze Trübe durch sein kaltes, spöttisches Lächeln und seine Augen. Und Obje sah ihn nicht an, er dampfte aus seiner Pfeife und schüttete die Asche aus.

„Zwei Kräfte — er, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, und der Arbeiter Tschumalaw — sind aufeinandergeraten, ein Funken sprühte auf. Was brennt in der Tiefe der Augen dieses Menschen? Ein Tier? Ein Held? Ein eifersüchtiges Männchen?“

„Jeder Arbeiter ist um so wertvoller, Genosse Tschumalaw, je mehr und je fester er seine Arbeit darauf einstellt, was ihm im Moment unter den Füßen brennt. Ich bin für folgende Regel: nicht das ganze — sondern einen Teil. Kein Märtyrer — sondern ein Stück Brot. Sie wissen, daß Räuberbanden uns bedrohen. Sie haben uns mit einem Wolfsnest umgeben. Der Kampf nimmt eben diese Kräfte in Anspruch, die wir bis zum äußersten für den Wiederaufbau der Wirtschaft brauchen. Wir brauchen eine neue Kampfmethod und neue Dispositionen. Ihr Projekt über die sofortige Inbetriebsetzung des Werkes ist unsinnig: Sie rechnen nicht mit der wirtschaftlichen Konjunktur. Wenn Sie aber die Zufassung des Brennmaterials für die Stadt durchzuführen, so werden Sie eine wirkliche Heldentat vollbracht haben.“

Obje nahm die Pfeife aus seinem Mund und schaute Badjin fest ins Gesicht. Warum versteht dieser Schwarze nicht die einfachsten Sachen? (Fortsetzung folgt.)



angeläutet wird, hagelt es Prämien, die samt und sonders ruhig ausgefahren wurden.

### Die letzte Stunde.

Um 10 Uhr abends wurden Dorn-Ridel drei Kunden und Kühl-Wette, die fünf Kunden zurücklagen, wegen Ausschließlichkeit aus dem Rennen genommen. Sieben Mannschaften kämpften nun um die letzte Stunde. Die bekannnten fünf Spitzenpaare und die um je eine Runde zurückliegenden Behrend-Junge und Wambst-Lacquehan.

Nach dem fünften Spurt um 10 Uhr rissen Lacquehan und Behrend aus, ihre Partner vergrößerten diesen Vorsprung und das übrige Feld nicht nachließte, gelang es beiden Mannschaften innerhalb vier Runden ihre Verluste aufzuholen und rückten somit zur Spitzengruppe auf. Zu den Spurts zeigte nun van Kempen sein fabelhaftes Antrittsvermögen, in den ersten acht Spurts belegte er mit seinem Partner Dewolf allein sechs erste Plätze. Kroschel vermochte sich nicht in den Spurts durchzusetzen, während es Ehmer gelang, sich dann und wann einigermaßen günstig zu placieren. Nach dem 18. Spurt zogen die Franzosen ohne Erfolg los. Ein darauf folgender Vorstoß Thollembecks und Niethe verpuffte trotz aller Anstrengung ebenfalls.

### Zur Neuregelung der Kleingebäckpreise. Rückgang des Brot- und Gebäckumsatzes. — Kartoffeln und Obst bevorzugt.

Das Groß-Berliner Bäckergewerbe sah sich kürzlich in einer Besprechung mit Vertretern der Presse veranlaßt, die Deffektivität nochmals über die Gründe für die Umstellung der Preise für Kleingebäck von 2½ auf 3 Pf. aufzuklären. Obermeister Grüber und Generalsekretär Götsch beschäftigten sich in längeren Darlegungen mit der Lage des Bäckergewerbes. Sie verwiesen darauf, daß im Vergleich mit 1913 der Umsatzrückgang an Wehl 35 Proz. betrage, daß auf der anderen Seite das Steigen der Wehlpreise um 46 Proz. und die Verteuerung der Produktionskosten seinerzeit eine Verkleinerung der Schrippen um circa 45 Proz. notwendig gemacht habe. Mit Rücksicht auf die dadurch bedingte 35prozentige Mehrbeschäftigung von Arbeitsträften und zur Steigerung des Mehlmehls habe man den Preis für das Kleingebäck entsprechend umgestellt, um so mehr, als bei dem stark erhöhten Wassergehalt des Wehles diesjähriger Ernte aus sachtechnischen Gründen die Herstellung des kleinen Gebäcks unmöglich sei. Die schlechte Wirtschaftslage des Gewerbes, dessen Verschuldung stark gestiegen ist, sei nicht zuletzt auf den Rückgang des Brot- und Gebäckumsatzes zurückzuführen. Eigenartigweise habe man nach dem Gewichtsrückgang keinen Mehrverzehr feststellen können. Der Rückgang des Brotumsatzes betrage gegenüber 1913 rund 19 Proz., und zwar in der Hauptsache infolge stark erhöhten Kartoffelkonsums, dann aber auch infolge Steigerung des Obstumsatzes und des Verbrauchs von Nahrungsmitteln, deren Produktion sich gegenüber dem Jahre 1913 um 75 Proz. erhöht habe. Die grundsätzliche Auffassung, daß nur eine Steigerung des Wehlumsatzes eine Besserung für das Bäckergewerbe bringen könne, habe die Umstellung des Kleingebäckpreises veranlaßt.

### Genosse Curt Baake verunglückt.

Ein bedauerlicher Unfall ist gestern nachmittag dem 63jährigen Staatssekretär a. D. Genossen Curt Baake, Vorsitzenden des Volksbühnenverbandes und des Arbeiter-Radio-Bundes, zugefallen. Er kam beim Uebersteigen des Fahrdrammes vor dem Hause Bellevuestraße 6 in unmittelbarer Nähe des Kemper-Platzes auf dem schlüpfrigen Asphalt so unglücklich zu Fall, daß er sich einen schweren Bruch des linken Oberschenkels zuzog. Der Verunglückte wurde zur nahegelegenen Rettungsstelle in der Eichhornstraße und von dort in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Wir hoffen, daß Genosse Baake den Unfall gut und bald überstehen wird.

### Ein Blindenlesezimmer in Charlottenburg.

Im schönen Lesesaal der Stadtbücherei Charlottenburg fand kürzlich die Einweihungsfeier eines Blindenlesezimmers statt. Nach kurzen Begrüßungsworten von Vertretern des Berliner Magistrats und des Bezirksamts Charlottenburg führte die Leiterin der Bibliothek, Frau Rürnberg, aus, daß Charlottenburg der erste Berliner Bezirk sei, der ein solches Lesezimmer eingerichtet habe. Hoffentlich folgen bald weitere! Von den 34 in Deutschland in Blindenchrift erscheinenden Zeitschriften werden nicht weniger als 22 ausliegen. Daneben aber sollen möglichst bald auch Vorlesestunden eingerichtet werden. Vortreffliche musikalische Darbietungen der Konzerttänzerin Ursula Waechter und der Bekehrten der Volkshilfsdienste schlossen die Feier, der zahlreiche Blinde beiwohnten. Das Lesezimmer selbst macht einen freundlichen und lustigen Eindruck und wird sicher vielen blinden Besuchern eine Stätte der Anregung und Erholung sein.

### 10. Jahrestag der Balfour-Deklaration.

Die Berliner zionistische Vereinigung hatte am Sonntagvormittag in den Badhof zur Feier der zehnjährigen Wiederkehr der Balfour-Deklaration geladen. Der Saal war mit den Nationalfarben, auf blauem Grund der goldene Sechseck, das Schild Davids, geschmückt. Die Anwesenden waren durchweg Anhänger der Bewegung, denen die Begeisterung nicht schwer anzumerken war. Nach dem ersten Satz des Mendelssohn-Trios (Opus 49), das vom Woffsohlt-Trio gut wiedergegeben wurde, eröffnete Herr Rosenfeld mit dem Vorlesen der Deklaration der englischen Regierung aus dem Jahre 1917, die von Sir Arthur James Balfour unterzeichnet ist, den Festakt. Er wies darauf hin, daß mit dieser Erklärung eine neue Epoche der zionistischen Bewegung geschaffen worden ist, sie trat dadurch aus dem Zustand der Utopie in den der Realpolitik. Das jüdische Volk war mit einemmal nicht mehr Objekt der einzelnen Länder, sondern wurde wieder Subjekt der Weltgeschichte. Prof. Loeb erzählte dann in warmen Worten die Geschichte des Zionismus, die so alt sei wie das jüdische Volk. Er erinnerte an den Kattowitzer Kongress, der noch 13 Jahre vor dem Basler war, und begeisterte sich dann wieder an dem Basler Kongress und an dem Ratte, der die geistige Triebfeder war: Theodor Herzl. Bemerkenswert war seine Ansicht, daß der Zionismus nicht aus Resignation vor dem Antisemitismus entstanden ist, sondern aus dem Willen zur Freiheit. Eine Internationale für nationale Zwecke! Darauf sprach Dr. Klaitin in Hebräisch, was die meisten zu verstehen schienen. Dann entwarf Dr. Klee ein homages Bild von Theodor Herzl, der dem Judentum seine Würde wiedergegeben hat, der das jüdische Volk aus dem Ghetto herausgerissen hat und zur produktiven Arbeit an der Welt aufgerufen hat. Dr. Nahum Goldmann warnte nachher vor falscher Bewertung der Balfour-Deklaration, die nichts mehr und nichts weniger bedeute als eine Chance. Was das jüdische Volk mit dieser nationalen Emanzipation anfangen, sei seine Sache. Die individuelle Gleichberechtigung haben die Juden ja schon im 19. Jahrhundert erlangt. Das Risiko ist natürlich durch die Tatsache, daß Land da ist, erhöht. Kurt Blumenfeld schloß die Reihe der Redner, die alle glänzende Dialektiker waren, mit der Geschichte der zionistischen Bewegung seit 1917. Er verheimlichte nicht die Rückschläge. J. W.

### Wer ist schuld daran?

Die Fraktion der Deutschnationalen in der Stadtverordnetenversammlung verbreitet ein Flugblatt, das groß und breit mit den Worten überschrieben ist: „Verleumdung und Wohnungsmot! Wer ist schuld daran?“ Natürlich die Sozialdemokraten! Beweis: Einige aus dem Zusammenhang gerissene Worte August Bebel's aus den neunziger Jahren und die

Ablehnung des „Bewoog“-Projektes zum Bau von 8000 Wohnungen durch Sozialdemokraten und Kommunisten am 18. Oktober! Die sachlichen Gründe für die Haltung unserer Partei in dieser Frage haben wir wiederholt dargelegt. Was die Sozialdemokratie im Wohnungsbau, wenn sie das Heft in der Hand hat, zu leisten vermag, das hat das Beispiel von Wien gezeigt. Das mögen sich Mieter und Wohnungsiolse merken, wenn sie die Schlüsselworte des Flugblattes: „Wacht auf! Wehrt euch! Räumt auf!“ lesen, und sie werden aufwachen, sich wehren und aufräumen. — Das Flugblatt verschweigt übrigens, daß die Antismehreheit der Stadtverordnetenversammlung den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag angenommen hat, der den Magistrat um schleunigste Ausführung

### Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin Revolutions-Feier

am Sonntag, dem 13. November, vorm. 11 Uhr, in den Prachtgärten am Märchenbrunnen, a. Friedrichshain 29-32

AUS DEM PROGRAMM:

Gemeinsames Lied / Sprechchor / Gesangchor / Rückbild auf die Revolution (mit Lichtbildern) / Antestandenbeitrag 10 Pf.

10 Uhr: Besuch der Gräber der Revolutionsopfer  
Treffpunkt 9,45 Uhr, Promenade Friedenstraße, am Landsberger Platz

eines neuen Projektes von 10000 Kleinwohnungen erfaßt. Diesen Antrag hoben die Deutschnationalen nicht unterstüht.

### Ein Offiziersehrenwort.

Drei Menschen fälschlich der Bestechung bezichtigt.

Dem Fabrikbesitzer R. in Brandenburg a. d. Havel war zu Ohren gekommen, daß sein Korrespondent Alfred Rabbe ein auffallend hohes Bankguthaben bei dem Brandenburger Bankverein besaß. Rabbe hatte kein Sparbuch bei einem Sportklub verloren. In dem Buche waren Eintragungen von 100, 400 bis 1000 M. usw. verzeichnet. Von dem Chef zur Rede gestellt, gab Rabbe an, daß er die Gelder von seinem Vater, einem pensionierten Woffsenmeister in Frankfurt a. d. Oder, erhalten habe. Nachforschungen nach dieser Richtung hin ergaben, daß die Angaben des Rabbe, der Reservesoffizier ist, nicht stimmen konnten. Der Fabrikhaber nahm sich deshalb den Korrespondenten vor, und da gestand er unter Verulung auf sein Offiziersehrenwort, daß die auf sein Sparbuch eingetragenen Beträge Schmiergelder von Lieferantenvertretern gewesen seien. Danach befragt, wer die betreffenden Herren seien, nannte Rabbe drei Angestellte der Firmen Nordstern und Kanone Söhne. Wesentlich hat Rabbe, keine Strafanzeige gegen ihn zu erstatten. Der Chef sicherte dies zu, machte aber als Mitglied des Vereins gegen das Bestechungsumwesen dem Verein von dieser Angelegenheit Mitteilung. Der Verein erstattete nun gegen die drei Herren der Eisenfirmen, die Schmiergelder gegeben haben sollten, Strafanzeige wegen aktiver Bestechung. Im Verlauf des Verfahrens warf die Staatsanwaltschaft aber ein, daß man ohne Anklageerkenntnis gegen Rabbe nicht weiterkommen könne. So wurde auch gegen ihn Strafantrag wegen aktiver Bestechung gestellt. Es kam hauptsächlich darauf an, die Hintermänner dieser unsauberen Schmiergeldersätze kennenzulernen, zumal Rabbe durch seine Tätigkeit großen Einfluß auf Offiziere haben konnte, er konnte Offiziere verschwinden lassen u. a. m. Der Fabrikhaber stellte jetzt die Anklage gegen alle vier, und vor dem Brandenburger Schöffengericht machte Rabbe plötzlich einen Zurückzieher und erklärte, daß er die Gelder nicht von den drei Angeklagten erhalten, sondern sie erspart bzw. von seinem Vater erhalten habe. Die drei Angeklagten der Eisenfirmen wurden daraufhin freigesprochen und Rabbe zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt.

Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft und Rabbe Berufung eingelegt. Die Große Potsdamer Strafkammer hatte sich noch einmal mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Der Angeklagte nahm seine Beschuldigungen gegen die drei zurück. Das Gericht nahm für erwiesen an, daß der Angeklagte Rabbe tatsächlich wider besseres Wissen durch Verpländung seines Offiziersehrenwortes die drei Angeklagten der Bestechung beschuldigt hat. Sie wurden daher auf Kosten des Angeklagten Rabbe freigesprochen. Da ein rechtswirksamer Strafantrag gegen Rabbe nicht vorlag, wurde das Verfahren gegen ihn auf Staatskosten eingestellt. Da er aber die Anzeige gegen die drei Mitangeklagten wider besseres Wissen erstattet hatte, wurden ihm die Kosten sowohl der ersten als auch der zweiten Instanz auferlegt.

Wirklich ein seiner Ehrenmann, der dem oftgerühmten Offizierschrenworte alle Ehre macht.

### Rationalisierung der Kundenwerbung.

Im Rahmen des Betriebswirtschaftlichen Seminars an der Handels-Hochschule begannen Vorlesungen über das „Zeitungsstreifen“. In seinen Begrüßungsworten wies Dr. Andler, unser Bildungsausschuh des Verbandes Deutscher Reklamefachleute auf die Notwendigkeit der Rationalisierung bei der Kundenwerbung hin. Danach ergriff Werbwart Weidenmüller das Wort. Er stellte fest, daß er in seinem Vortrag keinerlei Kritik an den Verlegern üben wolle, sondern überparteilich nur auf die Rationalisierungsmöglichkeiten bei der immer wachsenden Bedeutung des Anzeigenteils der Zeitungen hinweisen wolle. Der Vortragsstoff der Zeitung siehe nicht in unmittelbarem Verhältnis zu dem Anzeigenteil. Ja, sogar die Auflageziffer sei für den Kundenwerber noch nicht einmal maßgebend. Der Kundenwerber muß versuchen, eine genaue Kenntnis der Leserschaft des Anzeigenteils seiner Zeitung zu bekommen. Von dieser Leserschaft kommen auch nur die „Bedürfte“ seines Artikels für ihn in Frage. Es muß aber nicht immer ein bewußtes Kaufbedürfnis vorliegen, sondern das Bedürfnis kann auch durch die Anzeige in Erinnerung gebracht werden. Diese Art von Lesern nennt man die „Bedürfte“. Weidenmüller untertrieb besonders die Bedeutung des kleinen Anzeigenteils. Er stellt die Einrichtung der kleinen Anzeige als die Bollung von Zweck und Erfüllung dar. Die meisten Fachzeitschriften seien nichts anderes als ein Werbeorgan für den betreffenden Verlag. Die Tageszeitungen aber würden unpersönlich zu gleichen Teilen den Wünschen der Anbieterschaft und der Leserschaft gerecht werden. Als Beweis führte er die steigende Ziffer der losen Blätter im Gegenjah zu den gebundenen, d. h. den Büchern an. Als eine unbedingte Notwendigkeit zur Durchbringung der Kundenwerbung auf allen Gebieten und bei allen soziologischen Schichten, gab er die Einführung einer eigenen Terminologie der Anzeigen an. Nur mit einer solchen Terminologie wäre es möglich, das Zeitungsstreifenwesen mehr und mehr auszubauen und ihm neue Gebiete zu erschließen. Dr. Andler dankte für den regen Besuch und bat um Mitarbeit der Presse bei den folgenden Vorträgen.

„Hier wird gebaut.“ Zu dem in der Sonntagsausgabe erschienenen Artikel geht uns nun Hauswirt eine Erwiderung zu, die aber in verschiedenen Punkten den Tatsachen nicht zu entsprechen scheint. Die Reparaturbedürftigkeit der Balken bezog sich auf schadhafte Stellen in den unten gelegenen Kammern, nicht aber in der Wohnung im ersten Stock, wie dies aus dem durch den Mieter begebenen Sachverständigenprotokoll hervorgeht. Die zwei unbewohnten Stürbe, die am selben Flur der Wohnung liegen, haben beide direkten Ausgang nach dem Vorhof. Die Forderung der Partei, ihr 4000 M. für ein Siedlungshaus zur Verfügung zu

stellen, beruht auf einem ihr durch den Hausvermittler gemachten diesbezüglichen Angebot. Nach Angabe des Hauswirts wurden den Mietern durch ihn sechs verschiedene Wohnungen angeboten, von denen er die geeignete durch Zahlung des Abstandes erwerben wollte. Außerdem hatte er ihnen eine Bierzimmerwohnung in Charlottenburg und eine Schlafzimmerwohnung in Steglitz zur Verfügung gestellt. Die Eingangstür vom Flur war, als der Verleumdung recheckierte, nicht vorhanden.

### Fernsprechautomaten in Reklamezäunen.

Der vor einigen Wochen in einer Glasreklamezäule am Kollendorffplatz eingebaute Telephonautomat hat beim Publikum großen Anklang gefunden; der Apparat hat eine besonders starke Benutzung zu verzeichnen. Die Glaswände der Zelle sind so stark, daß die Telephonierenden durch Geräusche der vorbeifahrenden Wagen nicht gestört werden. Infolge dessen sollen beim Ausweichen aller Reklamezäunen und bei Errichtung neuer überall Fernsprechautomaten eingebaut werden, soweit nicht andere, für die Deffektivität wichtige Einrichtungen in Frage kommen.

### Gegen Zugaben beim Abjaß von Nahrungsmitteln.

Der Einzelhandelsausschuh und der Fachauschuh für Nahrungs- und Genußmittel haben in Uebereinstimmung mit der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin folgende Entschluß einstimmig beschloffen: „Alle Zugaben beim Abjaß von Nahrungsmitteln sind abzuwehnen, weil sie die Verbraucher über den wirklichen Wert der angebotenen Ware täuschen und irreführen. Der Einzelhändler, welcher Wert darauf legt, seine gute Ware preiswert in den Verkehr zu bringen, kann keinerlei Zugaben, wie Zucker, Margarine, Tafelchokolade, Haushaltsgegenstände, Porzellan, Kaffeemaschinen und dergleichen gewähren. Jeder reelle Kaufmann wird, wenn er seine Ware billiger abgeben kann, den Preis der Ware senken, und nicht durch Zugaben, die nicht ausschließlich Reklamezwecken dienen, das Preisbild verschleiern.“ Auch die Verbände der Verbraucher, des Nahrungsmittel-Einzel- und Großhandels, haben die Verbraucherzusage hierauf aufmerksam gemacht und empfohlen, wo Warenzugaben solcher Art angeboten werden, im eigenen Interesse alle diese Warenzugaben zurückzuweisen und statt dessen entsprechende Herabsetzung des Preises der gewünschten Ware oder den Gegenwert der Zugabe in bar zu verlangen.

Ein falscher Vertreter des Reichsbundes der Mieter, ein gewisser Schroder, betrieb mit Ausweisen des Bundes Schwindereien verschiedener Art, nachdem er wegen Unterschlagungen aus einer guten Stelle entlassen worden war. Leute, die auf seine Vorspiegelungen nicht eingingen und sich kein Geld abfordern ließen, pflegte er zu beschleichen, ebenso die, die ihm Unterkunft gewährten. Ein Bestohlenen ermittelte den Schwindler und Dieb steht in der Zeiger Strahe zu Reutlingen und ließ ihn festnehmen. Der Ortspolize verfuhrte sich mit Ausweisepapieren, die er ebenfalls gestohlen hat, aus dem Klemme zu ziehen, hatte damit aber keinen Erfolg. Von dem unterschlagenen oder sonstwie erbeuteten Gelde besaß er nichts mehr.

Kabarett Schwarzer Kater. Im Zentrum der Stadt, Friedrichstraße, hat ein neuer Tanztempel wiederum seine Pforten geöffnet. Man weiß zwar nicht, ob zu der Menschheit Wohl man dies Ereignis rechnen soll, denn die Bedürfnisfrage nach Tanzdarbietungen weit unter dem Mittelmaß ist eigentlich und gottlos längst nicht mehr aktuell. Es ist das übliche Willen derartiger Umherfahrenden. Ratternde, knatternde Jazzbander, die unter Aufbietung physischer und psychischer Höchstspannung die öde Wüstenei wenigstens teilweise zu bevölkern und in leise Schwingungen zu versetzen versuchen. An der Tür wachen mit Argusaugen Geschäftsführer, Conferenziers und die staltliche Kellnerchor, und jeder Eintretende wird mit einem Schwall von Liebenswürdigkeiten nach einem der vielen leeren Plätze bußiert. Und dann die kleinen Mädchen... Armselige, von tänzerischem Geist völlig unbewusste Wesen, die nach irgendeiner wüsten Melodei Beinchen hoch, Mäulchen auf mimen. Sie erscheinen des öfteren, in mehr oder minder bedektem Zustande, flankiert vom Hausenor, der den jeweiligen „Schlager“ als Vorsänger und Tänzer erst im Solo, dann im Chor mit der holden Weiblichkeit zu Gehör bringt. Das Ganze nennt sich, nach bewährtem Muster, „Revue“.

Billige Fischtage. In einem billigen Fischverkauf von Donnerstag bis Sonnabend werden angeboten: Frischer Jander (1-2 Pfund schwer), pro Pfund 60 Pf., frische grüne Heringe pro Pfund 50 Pf., lebende Karpfen pro Pfund 120 Pf., lebende Hechte pro Pfund 110 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Bezirksbildungsausschuh Groß-Berlin. Nächste Theatervorstellung am Sonntag, dem 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Sozialischen Schillertheater, Charlottenburg. Aufgeführt wird „Ein besserer Herr“, Lustspiel von Galschen. Preis der Karte 1.30 M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bezirksbildungsausschuhes, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8 zu haben. — Sternmarkt Leipzig: Karten zum ermäßigten Preise von 60 Pf. für alle Plätze sind im Bureau des Bezirksbildungsausschuhes zu haben.

Freie sozialistische Hochschule. Der nächste Vortrag findet am kommenden Sonntag abend, dem 12. November, 1927, Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, statt. „Genosse Rationalist Reinhard-Bern spricht über das Thema: „Psychologische Probleme der Arbeiterbewegung“. Karten zum Preise von 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschuhes, Lindenstr. 3, 2. Hof II, 2. Hof II, Zimmer 8; Buchhandlung B. D. W. Dieckhoff, Lindenstr. 3, 2. Hof II; der grüßlichen Hilfsarbeiter, Ritterstraße, Ecke Unter den Eichen; Rigorosen-Gesellschaft, Engelauer 24/25; Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 24 (Gewerkschaftshaus); Verlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibrüderstr. 5; Labordruck, Anhalterstr. 6; „Verleumdung“-Bücherei, Potsdamer Str. 104, sowie in allen Sonntagsbuchhandlungen.

Proletarische Ferienlande. Am Sonntag, dem 20. November (Totensonntag), vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus eine proletarische Festerunde statt. Der Sprechchor spricht das „Requiem“ von Lozer, außerdem wirken mit das Berliner Sinfonieorchester unter Leitung seines Dirigenten Emil Bohnke, Einzelsprecher vom Staatstheater. Karten zum Preise von 1 M. sind in allen bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bezirksbildungsausschuhes, Lindenstr. 3, 2. Hof II, zu haben.

Der Sprech- und Bewegungshot der Volksbühne Berlin verankaltet am Donnerstag, dem 17. November, 20 Uhr, im Künstlerhaus, Bellevuestraße 3, einen Vorabend.

In den Monopoli-Campieren, Teledorfer Str. 20, Markt zurzeit die neue Ausgabe der Volkshochschule. Diese hängt in gewohnter Reichhaltigkeit und Aktualität Aufnahmen von der Volkshochschule am Kollendamm in Berlin, Bilder von der Wübelsturmstarkopie in Polen; sie zeigt in hundert Folge Aufnahmen von den neuesten Flugzeug- und Schiffsmotoren, Bilder aus der Schweiz, aus Italien, Frankreich und England — interessante Tieraufnahmen und vieles andere mehr.

Elite-Sänger. In ihrem Novemberprogramm bringen die Elite-Sänger aus dem Hof Franz Schubert ein Wiederpiel „Schwanenmel“ von Max Dork und einen Schwan von Reinhard: „Bevollere-baller“. Beide Stücke fanden großen Beifall. Aus dem vorhergegangenen Programm soll als auszeichnender Vorkist in seiner Charakteristik „Der Fremdenlegende“ Eugen Becker. Als guter Humorist gefiel Erich Mattini. Wie immer hatten großen Erfolg Schorsch Kull und Klions Sonnemann, letzterer in seinem Originalschlager „Weltmeister des Sports 1927“.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.) Wetterbericht über mit einzelnen Regenschauern, Temperaturen nicht wesentlich verändert. — Im Deutschland: Im Nordosten noch sehr milde, im Süden Abkühlung, trübe und regnerisch. Im Nordosten keine Niederung. Im Nordosten meist milde bis trübe, kühl mit einzelnen Regenschauern.

Das ideale  
Laxin Abführ-Konfekt



# Statberatungen in den Bezirken.

## 1. Bezirk. — Mitte.

Die Bezirksversammlung beschäftigte sich in zwei Sitzungen am 28. Oktober und 2. November mit der 1. Lesung der Bedarfsanforderung für 1928 und mit der Erledigung einiger Anträge und Vorklagen. Bei der Beratung des Antrages auf Einführung der freien Werkzeimahl für die Wohlfahrtskommissionen versuchte der Redner der SPD durch eine große Agitationsrede den Eindruck zu erwecken, als ob seine Fraktion irgendeinen Gegner in der Frage zu bekämpfen habe. Von unserem Redner wurde festgestellt, daß es über diese Frage gar keinen Streit gibt. Bei der Einrichtung der Eheberatungsstelle im Bezirk wurde die Einstellung einer auf sozialem Gebiete erfahrenen Kraft verlangt. Die Bedarfsanforderung für 1928 wurde durch Stadtrat Dr. Boigt erläutert. Die Forderungen unserer Partei wurden vom Genossen Riese vertreten. Vor allen Dingen wurde darauf hingewiesen, daß man bestrebt sein müsse, für eine bessere und schnellere Unterbringung der Wohnungsuchenden Sorge zu tragen. Durch den Bau der Ufergrundbahn und andere Baupläne gehen dem Wohnungsmarkt im Bezirk Mitte etwa 500 Wohnungen verloren. Für diese muß Ersatz geschaffen werden. Eine Vertiefung der Räte darf nicht in Frage kommen. Da es im Bezirk an größtem Baugrund für Wohnungszwecke fehlt, muß in anderen Bezirken für die Wohnungsuchenden des Bezirks gebaut werden. Auch für Erholungszwecke muß mehr aufgewendet werden, da an Spielplätzen in der Innenstadt ein großer Mangel besteht. Nachdem auch die Vertreter der anderen Parteien ihre Wünsche vorgebracht hatten, wurde der Haushaltsentwurf dem Ausschuss überwiesen.

## 2. Kreis. — Tiergarten.

Die Bezirksversammlung nahm Stellung zu der Bedarfsanforderung für 1928. Genosse Schlegel gab den Bericht des Ausschusses. In der Diskussion machte der Redner der Deutschnationalen Volk Interessante Ausführungen. Er erklärte, Berlin könne die notwendigen Verpflichtungen nicht erfüllen, weil zu viel Geld für überflüssige Dinge verausgabt werde. Auf Befragen erklärte dieser sonderbare Kommunalpolitiker für „überflüssig“ die Ausgaben für städtischen Grunderwerb und für die Melie. Dagegen wünschte er, daß mehr Mittel für Wohlfahrt bereitgestellt werden und hielt auch die Ansprüche für Tabaksteuer für ungenügend. Hoffentlich erinnert er sich auch bei den städtischen Haushaltsberatungen an diese Ausführungen. Bekanntlich haben die Deutschnationalen im vorigen Jahre den Etat abgelehnt, weil ihnen die Ausgaben für Wohlfahrt und Fürsorge zu hoch erschienen! Die Kommunisten erklärten unter den üblichen Vorwänden den Etat für unannehmbar. Neu war das Argument, daß ein für die Rote Hilfe geförderter und abgelehnter Beitrag der Unterstützung von Streiks Sache der Gewerkschaften sei, und nicht irgendwelcher Vereine. Er kritisierte dann die Aufstellung des Etats, insbesondere mit Bezug auf das Krankenhaus Moabit, und die Haltung des Bezirksamtes, die ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der Versammlung unmöglich mache. Besonders auf einen Vorgang möchte näher eingegangen werden. Im Haushaltsauschuss hatte Genosse Schlegel erwähnt, daß in der inneren Verwaltung des Krankenhauses vieles unweidmähig erscheine. Bereits am nächsten Tage verbreitete der Hausvater Ragler im Krankenhaus des Gerücht, es sei ein Brief des Bezirksverordneten Schlegel eingegangen, in dem er den Abbau von Tarifpersonal fordere. Der Betriebsrat hat den Verwaltungsdirektor um Einsicht in den Brief und erfuhr schließlich, daß ein solcher Brief gar nicht vorhanden war. Dagegen sei telefonisch vom Bezirksamt mitgeteilt worden, daß Genosse Schlegel im Ausschuss die innere Verwaltung des Krankenhauses beanstandet habe. Bürgermeister Döflein gab zu, daß er selber die Mitteilung an das Krankenhaus gemacht habe. Das Verhalten des Hausvaters Ragler mißbilligt er. Genosse Pärch

gab die Erklärung ab, daß uns die Ausführungen des Bürgermeisters nicht genügen. Wir halten es für durchaus unzulässig, daß Ausführungen, die in Ausschüssen gemacht werden, mit Namensnennung weitergegeben werden, und wie halten es für besonders bedauerlich, daß der Bürgermeister selbst eine solche Indiskretion begangen hat. Selbstverständlich wird jeder Bezirksverordnete zu seinen Ausführungen stehen und gern Gelegenheit nehmen, sie in der Öffentlichkeit zu wiederholen. Wenn sie aber ohne sein Wissen von dritter Seite weitergegeben werden, gibt das nur Anlaß zu unsinnigen oder böswilligen Gerüchten, wie es im vorliegenden Falle bewiesen ist.

## 7. Bezirk. — Charlottenburg.

Am 19. Oktober wurde der Bezirksversammlung der Etat vorgelegt, am 2. November ist er verabschiedet worden. Beide Sitzungen verliefen bis auf gelegentliche kommunistische Entgleisungen glatt und sachlich. Zwei gründlich vorbereitete Schulfragen wurden schnell erledigt: die Friesen-Realschule in der Kamminer Straße wird endlich zur Oberrealschule ausgebaut, und die Sophie-Charlotte-Schule erhält einen Ausbau ihrer bisher zweijährigen Frauenschule zur dreijährigen Frauenobererschule. Das sind Maßnahmen aus dem großen planwirtschaftlichen Programm der Zentrale; die Haushaltsberatungen haben noch weitere Forderungen zum Beschluß erhoben: den Ausbau der Realschule an der Herder-Schule zur Oberrealschule, den Abbau der Realschule am Rommeln-Gymnasium, den Umbau der Kaiser-Friedrich-Schule zu einer einheitlichen Schulform und schließlich noch den Ausbau der Königin-Luise-Schule zur Vorkanstat. Die Unterstützung der Rantessischen Mädchenschule wurde abgelehnt, die des Mittelfeldischen Enzeums bis zum 31. März 1929 befristet. Mit dem 1. April 1929 wird in Charlottenburg kein Privatlyzeum mehr städtische Unterstützung genießen; die ehemals Klotzowsche Schule ist ja seit dem 1. April d. J. städtisch. Demnächst wird als weitere Etappe der Berliner Schulreform der Ausbau der Volksschulen in Angriff genommen werden, auch auf dem Gebiet des Fach- und Berufsschulwesens geht es voran. Bei der Verabschiedung des Haushalts ist weiter beschlossen worden, sämtliche Schulhausmeister, die Schreibhilfe leisten oder kleine Reparaturen besorgen, nach Gruppe V zu bringen. Abgelehnt wurde der Antrag, die Reinigungsfrauen als städtische Arbeiterinnen tarifmäßig zu entlohnen. Für eine gemeinsame Verfassungsfeier sind pro Schule 25 M. eingestellt worden. Der Schuletat im Zusammenhang mit der Gesamtratsberatung nahm zwei große Ausschüßungen in Anspruch, die erst in mitternächtlicher Stunde endeten. Im Plenum gelang eine verhältnismäßig rasche Verabschiedung. Die Zentrale hatte der SPD, Anträge auf Fiskalbogen geliefert, die dann pflichtschuldig, in Streifen geschnitten, vorgelegt wurden. Und da die meisten am falschen Platz oder schief formatiert waren, verfielen sie der verdienten Ablehnung im Ausschuss und im Plenum. Unmählich läuft sich diese reine Butterfütterungspolitik; es ist zu bequem, immerzu Ausgaben zu fordern, und die Einnahmen lassen dann vom Himmel fallen. Diese Situation wurde der SPD bei der Beratung am 2. November scharf vom Vorsitzenden der Fraktion vorgehalten. Genosse Kamerau erklärte, die SPD müsse es ablehnen, mit einer Partei über proletarische Gesinnung zu rechten, die längst erst Knäuel-Runze Hilfeleistung im Berliner Rathaus geleistet und die bei allen wichtigen Fragen der Rechten den Steigbügel gehalten haben. So hatte denn die SPD, den willkommenen Vorwand zur Etatsablehnung.

Von Wichtigkeit waren bei der Etatsberatung noch einige Verbesserungen in Sachen Straßen- und Brückenbau. Es wurden für Instandsetzung des „Schwarzen Weges“ (von der verlängerten Kesperstraße zum Königsdamm) 26000 M. auf unser Drängen eingestellt. Ein Antrag auf Bau von Kleinwohnungen wurde einstimmig angenommen. Neuliche Einmütigkeit fand ein Antrag auf Erhöhung des Personals für Straßenteilung. Eine Rate zum Bau eines Volkshauses wurde im Ausschuss bemittelt, im Plenum auf Antrag der Mitte wieder abgelehnt. So wurde der Bezirksrat für 1928 verabschiedet. Sind auch den Bezirken keine grundsätzlichen Einwirkungen gestattet, so ist doch die Besprechung der gesamten Bezirks-

arbeit im Angesicht der Beamten von großer grundsätzlicher Bedeutung. Auf diese Generalkritik soll und darf nicht verzichtet werden. Einige Verkehrsfragen nahmen am 19. Oktober noch das Interesse in Anspruch, so die Ausgestaltung der Charlottenburger Chaussee, auf der die elektrische Straßenbahn nicht verschwinden darf, und dann die Angelegenheit der Charlottenburger Schloßbrücke. Seit vielen Wochen ruht die Arbeit: Im Fundament der Südseite zeigen sich schon Risse; Stadt und Unternehmer streiten sich über die Verantwortung und Kostenfrage, streiten sich über die nun anzuwendende Technik — und die Charlottenburger dürfen warten. Das Bezirksamt hatte von der Zentrale die Auskunft erhalten, die Stadt würde eventuell selbständig vorgehen — aber geschehen ist bisher noch nichts. Am 2. November gab es nach der Etatsverabschiedung eine lebhaftige Flaggen Diskussion. Bürgermeister Augustin hatte am 23. Oktober der Einweihung eines Erinnerungsmales für gefallene Reserveoffiziere vor dem Landwehrcasino am Zoo beigewohnt, einer Feier, bei der ostentativ die Reichsfarben nicht gezeigt wurden: eine alte preuhliche Kriegsflagge mußte die Verlegenheitsdecoration abgeben. Er hatte das Denkmäl in Obhut der Stadt genommen: jetzt versuchte er die Angelegenheit als eine Privatsache darzustellen. Das gelang ihm gründlich daneben. Genosse Kamerau, der die Anfrage begründete und nachher die Haltlosigkeit der Entschuldigung aufzeigte, fand vorfichtige, aber bestimmte Unterstützung bei der Mitte. Die SPD hielt eine ihrer würdelosen Flaggenreden, die ihr früherer Vorsitzender und jetziger Hospitant Hasse halten durfte. Keiner beachtete diese Leistung. Der Bürgermeister aber sah einem betrübten Lohrader nicht unähnlich. Er wird sich eine Lehre nehmen: denn die Wehrheit der Charlottenburger Bevölkerung steht jedoch nicht unter Schwarzweißrot!

## 9. Bezirk. — Wilmersdorf.

In der Sitzung der Bezirksversammlung am 2. November wurden die Haushaltspläne für 1928 von den bürgerlichen Parteien en bloc angenommen — ohne Aussprache, gegen die Stimmen unserer Genossen und der Kommunisten. Unsere Bezirksverordneten hatten im Haushaltsausschuss bei den Kapiteln „Schulen“, „Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendpflege“ verschiedene Anträge gestellt, um der gesamten Bedarfsnachweisung ein sozialeres Gesicht zu geben. Dori hatte man die meisten unserer Anträge abgelehnt, und im Plenum verhinderte man durch En-bloc-Aannah die Aussprache über unsere Anträge. Unsere Genossen nagelten das durch eine entsprechende Erklärung fest. — Vorher gab es einen scharfen Zusammenstoß zwischen den unseren und den Deutschnationalen gelegentlich eines demokratischen Antrages auf Ausschmückung der Schulstraßen bei nationalen Feiern mit schwarzrotdorbenen Reichsflaggen, zu dem wir den Zusatzantrag auf Beschaffung je eines Bildes des ersten und zweiten Reichspräsidenten für alle Schulen des Bezirks gestellt hatten. Die häßlichen Ausführungen der Deutschnationalen, der Antrag sei geboren aus dem Bestreben, für Schwarzrotgold Propaganda zu machen, die eigentliche Reichsflagge sei Schwarzweißrot mit der Gäh, der gegenwärtig herrschende Dualismus verbiete, den Flaggenstreit in die Schulen zu tragen, Ebert habe kein Amt nicht aus den Händen des Volkes, sondern nur von der Nationalversammlung empfangen, daher sei der erste, wirklich vom Volke gewählte Reichspräsident Hindenburg usw., wurden von unseren Genossen mit scharfer Schärfe zurückgewiesen. Es wurde von unseren Rednern namentlich darauf hingewiesen, daß angesichts der planmäßigen Verheerung der Schuljugend von gewissen Seiten her auch die kommunalen Körperschaften die erste Pflicht hätten, für die staatsbürgerliche Erziehung der Kinder zu sorgen; und das geschehe, indem ihnen Achtung vor den verfassungsmäßigen Symbolen beigebracht werde und namentlich das Bild des ersten Reichspräsidenten, der unter Hintanhaltung seiner parteipolitischen Einstellung durch die Stürme der Nachkriegsjahre das Steuer des Reiches gelenkt habe — zum Wohle der gesamten deutschen Bevölkerung — der Jugend immer wieder vor Augen geführt werde. Hierdurch soll kein Parlamentarismus paradiert werden, sondern das Bild eines wahren Volksmannes soll der Erziehung der Kinder des Volkes zu wertvollen Mitarbeitern der Volksgemeinschaft dienlich gemacht werden. — Schließlich wurden die beiden Anträge einem Ausschuss überwiesen und der Rest der Tagesordnung im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit vertagt.

**Massary-Privat**  
PF 4 PF  
**ohne Mundstück**

# Eine bleibende Erinnerung an die 6 Tage



An diese 6 Tage und Nächte im Sportpalast werden Tausende noch nach Jahren denken. / Wer plötzlich eine ungewöhnliche Bekanntschaft macht, erinnert sich später gern aller Einzelheiten der ersten Begegnung. / Das Erlebnis dieser Tage, die Erinnerung an sie heißt: Massary-Privat. Und die Erkenntnis, die wir mit in den Normaltag nehmen:

**Das ist Tabak! (Urteilen Sie selbst!)**



**10. Bezirk. — Zehlendorf.**

Am 2. November tagte nach längerer Pause wieder einmal unser Bezirksparlament mit einer recht wenig versprechenden Tagesordnung. An Stelle der nach Friedenau verzogenen Genossin Drefcher wurde Genosse Oskar Birtz-Dahlem als Bezirksverordneter eingeführt. Es folgte die Wahl eines Schiedsmannes für den Bezirk Dahlem, ferner stimmte die Versammlung einigen Vorlagen über Veränderung des Fluchlinienplanes in Wannsee und Zehlendorf zu. Vom Verkehrs-ausschuss wurde ein Antrag, der sich mit der besonders unangenehmen Gefahrenstelle in der Haupt- und Berliner Straße befaßt, erneut besprochen und das Bezirksamt ersucht, die erforderlichen Mittel anzufordern. Sollten diese unbedingt nötigen Ausgaben wieder verweigert werden, so trägt der Magistrat die Verantwortung für die Gefährdung von Menschenleben an dieser gefährlichen Ecke. In einem Bericht des Ausschusses für die Errichtung von Kleinsiedlungen wurde das Bezirksamt ersucht, durch Umfrage an die Parzellenbesitzer festzustellen, wieviele von diesen die Absicht haben, massiv zu bauen, ferner, wie hoch sich die Regulierungskosten belaufen. Der Haushaltsplan, der recht verspätet in einer Ausschusssitzung durchgesprochen war, wurde fast ohne weitere Aussprache en bloc angenommen. Ein Antrag, der den Stadtschulrat ersucht, bis zum 30. November Bericht zu erlangen über die zukünftige Gestaltung der Schulverhältnisse des Bezirks, wird mit sieben Stimmen der Deutschnationalen gegen sieben Stimmen der Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten abgelehnt. Der deutschvolksparteiliche Vorsteher enthielt sich zur Freude der Deutschnationalen der Stimme.

**13. Bezirk. — Tempelhof.**

In der Bezirksversammlung am 2. November wurde die Bedarfsanmeldung für den Haushaltsplan 1928 verabschiedet. Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Burgemeister, erstattete Bericht über die Beratungen des Haushaltsausschusses. In der folgenden Generaldebatte, die wieder Genosse Burgemeister eröffnete, wurde anerkannt, daß im verflochtenen Jahre Kennenwertes für den Bezirk geschaffen sei, wie der Schulhausneubau auf dem Tempelhofer Feld oder die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn. Bedauerlich sei, daß der Bezirk mit seinen 70000 Einwohnern noch keine Badeanstalt habe. Noch mehr wurde beklagt, daß der Bezirk ohne Krankenhaus sei, obwohl ein idealer Platz dafür vorhanden sei. Der Stadtarzt mußte zugeben, daß es außerordentlich schwer sei, Kranke in Brix oder Lichterfelde unterzubringen. Auch das künftige katholische Krankenhaus könne daran nichts ändern. — Die vorgeschlagene Reorganisation Groß-Berlins bezeichnete der Redner als unblutabel, wenn er auch dem zustimme, daß der Verwaltungskörper eingeschränkt werden könne. Angenommen wurden folgende von der SPD. gestellten Anträge: Neubau eines Postgebäudes in Mariendorf und dreimalige Bestattung in diesem Ortsteil. — Der Neubau eines Krankenhauses mit Einbindungshaus ist mit aller Energie zu betreiben. — Das Polizeirevier Mariendorf ist in eine zentrale Lage des Ortsteils zu verlegen. — Der Ausbau der Eschersheimer Straße ist vorzubereiten. — Die fluchlinienmäßige Ausweitung der Rohdestraße und Anlegung einer provisorischen Gehbahn ist vorzunehmen. — Auf zweigleisigen Ausbau der Binde 52 ist hinzuwirken. — Allen Schulen ist ein Bild des ersten Reichspräsidenten auszubändigen. — Für Lichtenrade-Nord sind die Vorarbeiten für eine Schule in Angriff zu nehmen. — Für Mariendorf (Markt) ist eine Bedürfnisanstalt in Aussicht zu nehmen. — Abgelehnt werden die Anträge der SPD., die Einrichtungen des Vaterländischen Frauenvereins in städtische Regie zu übernehmen. Ferner werden die von anderer Seite gestellten Anträge angenommen: Die „Aboag“-Linie Steglitz-Mariensfeld bis zum dortigen Bahnhof zu verlängern. — Das gesamte Berliner Aufkommen aus der Hauszinssteuer soll für die gemeinlich vorgesehenen Zwecke Verwendung finden. — Die städtischen Volksbibliotheken sollen von solchen Büchern

befreit werden, die den Monarchismus und Militarismus verherrlichen. Die Linke hatte dabei eine Zufallsmehrheit, da ein Teil der Rechten im Erfrischungsräum war. Die Unterstützungssätze sind um 50 Proz. zu erhöhen. — Die unentgeltliche Kohlenlieferung an Unterstützungsberechtigte soll künftig monatlich drei Zentner betragen. — Für Kleingärtner soll geeignetes Gelände angekauft werden, um dieses für Dauerkleingärten auszuweisen. Nach einer Rede, die von fast vier Stunden kamen noch acht Vorlagen zur Erledigung, die bei der allgemeinen Abstimmung fast reibungslos, zum Teil in nichtöffentlicher Sitzung, Zustimmung fanden.

**Bezirksverband Berlin SPD.**  
**Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin**  
 Am Sonntag, dem 13. November 1927, vormittags 11 Uhr,  
 im „Mercedes-Palast“ in Neutölln, Hermannstraße:  
**Revolutionsfeier**  
 verbunden mit Parteifeier  
 Gesang / Film / Sprecher / Rezitation  
 Ansprache: Max Westphal  
 Eintritt 50 Pfennig. — Fahrverbindung: Utergrundbahn  
 Station Döbblingstraße.

**14. Bezirk. — Neutölln.**

In der letzten Bezirksversammlung war der wichtigste Teil der Tagesordnung die Beratung und Verabschiedung des Bezirks-Haushaltsvorschlages für 1928. Genosse Stadtrat Radtke erläuterte ihn ausführlich. Er schilderte die Bemühungen des Bezirksamts, dem vorliegenden Bezirksetat ein möglichst starkes soziales Gepräge zu verschaffen. Zugleich verwies er auf die zu erwartenden neuen Belastungen des Haushalts, die durch die inzwischen erlassenen Reichsgesetze über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu erwarten seien, ohne daß diesen Ausgaben entsprechende Mehreinnahmen gegenüber ständen. In der Aussprache über den Haushaltsentwurf sprachen, jeder für seine Gruppe, ein „rechter“ SPD-Mann und ein „linker“ Kommunist, jeder als der „einzige“ und richtige Vertreter von Arbeiterinteressen. Beide suchten sich zu überbiegen im Kampf gegen das sozialistische Bezirksamt und die hinter ihm stehende sozialdemokratische Fraktion. Auch in den Anträgen zum Etatsentwurf ließen sich beide Richtungen gegenseitig den Rang ab. Einer forderte immer Unmöglicheres als der andere. Und alles angeblich zu Ruh und Frommen der minderbemittelten Bevölkerung Neutöllns. (1) Unser Redner hielt ihnen den Spiegel vor. Er warf mit Recht die Frage auf: „Was ist denn nun wahrhaft kommunistisch?“ Den Neutöllner Bezirksetat abzulehnen, der doch von einem sozialistischen Bezirksamt zur Annahme empfohlen wird, oder sich der Stimme zu enthalten, wie es die SPD. im Bezirk Wedding gegenüber dem ebenfalls von einem sozialistischen Bezirksamt vorgelegten Haushaltsantrag getan hat, oder wie im Bezirk Prenzlauer Berg, wo die SPD.-Fraktion dem vom sozialistischen Bezirksamt zur Annahme empfohlenen Bezirksetat zustimmte. Mit unseren Stimmen und der Mehrheit der Rechten Fraktion (Mittelparteien) wurde dem Boranschlag für 1928 zugestimmt. Nach der Verabschiedung des Etats nahm die Bezirksversammlung noch einmal Stellung zum Projekt: Berluchstugbahnen auf dem Brixer Gelände. Nach längerer Debatte wurde festgestellt, daß das Be-

zirksamt sowohl wie die Bezirksversammlung ihren ablehnenden Standpunkt aufrechterhalten und für die Errichtung des Berluchstugbahnen in Brix nicht zu haben sind.

**15. Bezirk. — Treptow.**

Der Vorsteher Genosse Strieder führte zunächst den Bezirksverordneten Genossen Otto Viedel ein. Der Versammlung wurden die Erfolge der Bezirksverwaltung in Johannisthaler Angelegenheiten mitgeteilt, z. B.: Verstärkung des polizeilichen Schutzes, Defnung des Bahnausganges auch während der verkehrsschwachen Zeit und Verlegung eines Feuerwehlers. Unter allgemeiner Heiterkeit erfolgte die Versammlung, daß der bisherige Vorsitzende der SPD. aus der SPD. ausgeschieden ist. Seit wenigen Wochen ist dies der dritte Austritt aus der SPD. Genosse Stadtrat Bermuth teilte bezüglich des verflochtenen Schulstreits an der weltlichen Schule in Oberhönoweide mit, daß die von der SPD. in der Bezirksversammlung als auch der Stadtverordnetenversammlung gemachten Angaben über den Rauminhalt der einzelnen Klassen nicht stimmen. Bei einer nochmaligen Nachprüfung der Raumverhältnisse hat sich ergeben, daß vom Elternrat falsche Berechnungen zugrunde gelegt worden sind. Für die baulichen Veränderungen im Feuerwehlergebäude Alt-Glienide wurden 1500 M. bewilligt. Die Versammlung stimmte für die Erweiterung des Arematoriums in Baumschulenweg zu. Der Fluchlinienplan für das Adlershof wurde festgestellt. Der Rechtsblock hatte beantragt, an verschiedenen Stellen Straßenbahnwartehäuschen zu errichten. So u. a. auch in der Mitte der Strahenerweiterung Wilhelmshof—Edisonstraße, genannt Königsplatz. Von unseren Genossen Reumann und Lüdke wurde empfohlen, die Vorlage zur Vorberatung an die Bau-deputation zu überweisen, da es jedem Valen einleuchten müsse, daß auf dem sogenannten Königsplatz wegen der damit verbundenen Gefahren kein Wartehäuschen errichtet werden könne. Einträchtig lehnten Kommunisten und Deutschnationalen unseren Antrag ab. Die Deutschnationalen hatten ferner beantragt, die „Humboldtschule“ in Oberhönoweide in „Hindenburgschule“ umzuwandeln. Ein kommunistischer Redner erklärte die Zustimmung der Fraktion zu dem Antrage, wenn zugleich eine andere Schule den Namen Thälmannschule erhalte. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Unser Altgen. Genosse August Rehel, 56. Jhr., bezieht heute seinen 75. Geburtstag, 1883 trat er dem Fachverein der Schraubendreher bei. Seit 1890 ist er in der Partei als eifriger Agitator tätig. — Genosse Heinrich Baumgart, Willibald-Meris-Str. 19, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Mehrere Jahrzehnte in der Parteibewegung stehend, ist er heute noch trotz seines Alters 2. Abteilungsleiter der 41. Abteilung und einer der regiamsten Funktionäre.

**Kornfranck**  
 100 Tassen aus 1/2 Pfund für 30 Pfg.  
 gesund wie das tägliche Brot!

**3 von 10000 Oden**

Aus der ungeheuren Menge von Kleidungsstücken, unter denen Sie bei uns ständig wählen können, sind hier drei herausgegriffen, die als besonders charakteristisch für die heutige Mode gelten können.

Charakteristisch allerdings auch dafür, wie viel Ihr Geld bei uns kauft, denn

**so preiswert** wie diese hier, kaufen Sie jedes Stück aus unserer fast unüberschbaren Auswahl

Der leichte Mantel aus Velours-coutil, mit neuartig geprelltem Kordell-Pilz, weich ausgestattet **17.50**

Der elegante Mantel aus weichem Velours, sporte Form, Rückenfalte und großen Biberette-Sekal **29.00**

Hochwertiger Ottomane-Mantel, ganz auf Damens: Bissentopperei (auch rückwärts), großer Blauschirm **46.00**

**C&A BRENNINKMEYER**

Oranienstr. 40 Chausseestr. 113 Königstraße 33  
 Am Oranienplatz beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!



# Diktator Röhrenverband.

## Ein Kapitel Kartellpraxis.

Die Gründung des Stahlwerks Niederrhein A.-G. zu dem Zwecke, die Großproduktion in Röhren aufzunehmen, war zweifellos eine bemerkenswerte Erscheinung. Das Werk war in großen Ausmaßen gedacht. Dem allmächtigen Röhrensyndikat sollte ein beachtenswerter Außenfeind entstehen. Doch noch interessanter war die Tatsache, daß ausgerechnet zwei prominente Aufsichtsratsmitglieder der Vereinigten Stahlwerke A.-G., die Herren Gentner von Bliffingen und Werner Corp, als Gründer dieses Konkurrenzunternehmens austraten. Diese beiden aus der Hürde des Stahlvereins Ausgebrochenen waren mit dem Phönix zum Stahlruß gekommen. Bemerkenswert ist noch, daß Herr von Bliffingen Holländer ist und den Verbindungsmann zwischen dem holländischen Großkapital und früher dem Phönix und jetzt dem Stahlverein darstellt.

### Der Außenfeind ungefährlich gemacht.

Doch nun ist die Gefahr überwunden. Der Bau des Stahlwerks Niederrhein soll zwar nicht unterbrochen, aber das Werk soll für gemeinsame Rechnung geführt werden. Der Röhrenverband G. m. b. H., Düsseldorf, hat die Mehrheit des Aktienkapitals übernommen. Die beiden oben erwähnten Herren kehren in den Aufsichtsrat des Stahlvereins zurück, aus dem sie wegen dieser Gründung ausgeschieden waren. Somit wäre die Gefahr einer Konkurrenz in der Röhrenindustrie noch einmal abgeklungen. Das vom Röhrenverband ausgeübte Monopol bleibt weiter bestehen und damit die überhöhten Preise in diesen Produkten. Auch ein Werk in Ostpreußen, das Röhren produzierte, wurde vom Röhrenverband durch Einkauf kassiert.

### Eine ähnliche Gründung des Farbstoffwerks.

Man muß sich bei alledem die Frage vorlegen: Warum kam es überhaupt zu dieser Gründung. Daß sie nicht allein dastehet, beweist der Versuch des Farbstoffwerks, ebenfalls ein Röhrenwerk zu errichten. Ein Konzernunternehmen der I. G. Farbenindustrie, die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff A.-G., ist zurzeit mit dem Bau eines Röhrenwerkes beschäftigt. Damit hofft die Farbstofftrakt, sich im Röhrenbezugs vom Röhrenverband unabhängig zu machen. Die Anlagen sollen so eingerichtet werden, daß nicht nur die Konzernwerke beliefert, sondern später auch handelsübliche Gas- und Siederöhren hergestellt werden können. Die Anlagen sollen Anfang des nächsten Jahres in Betrieb kommen. Voraussetzungen soll auch dieses Werk außerhalb des Röhrenverbandes bleiben. So häufen sich also die Versuche, der drückenden Monopolgewalt des Röhrenverbandes zu entkommen.

### Warum kommt es zu solchen Gründungen?

Solche Versuche sind durchaus erklärlich, wenn man die Verhältnisse in der Röhrenindustrie betrachtet. Der Röhrenverband ist das letzte Spinnrad in der Eisenindustrie. Nicht nur hat es die längste Dauer (bis 1932) von allen Verbänden, sondern der Aufbau ist durchaus einheitlich und vor allem sind hier keine Außenfeinde vorhanden. Ferner sind in ihm zwei Großfirmen, der Stahlverein und Mannesmann tonangebend, die außerdem noch selber eng verbunden sind. Ungefähr 12 Proz. des Aktienkapitals von Mannesmann sind bekanntlich in den Händen von Fritz Thyssen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke. Ueberdies gehören auch die wichtigsten waldischen Werke dem deutschen Röhrenverband als Mitglied an. Und nicht zuletzt ist der größte Teil der europäischen Röhrenindustrie im Europäischen Röhrenverband zusammengeschlossen. So finden wir hier eine Geschlossenheit, wie sonst auf keinem Spezialgebiet der Eisenindustrie. Dementsprechend war auch die Preisgestaltung. Wenn die scharfe Zugluft der inländischen und auch noch der ausländischen Konkurrenz fehlt, dann wirkt sich dies immer in den Preisen aus. Und die Preise in der Röhrenindustrie sind so, daß sich die hohen Kosten des Baues eines neuen Werkes durchaus bezahlt machen. Deshalb wird es immer wieder zu Konkurrenzgründungen kommen.

### Die Methoden des Röhrenverbandes.

Bei dieser Gelegenheit muß auf die Methoden des Röhrenkartells aufmerksam gemacht werden. Wir erwähnten bereits die Geschlossenheit des Röhrenverbandes. Auch in der Abhängigkeit des Handels von den Produzenten dürfte nir-

gends ein ähnliches Verhältnis bestehen, wie hier. Sehen wir uns einmal die Bedingungen an, die vom Röhrenverband den Händlern auferlegt wurden. Der Verband schuf sich eine Händlergruppe I, mit der er allein für die meisten Inlandsverbrauchsgebiete seine Geschäfte abschließt. In dem zwischen dem Röhrenverband und der obengenannten Händlergruppe — die Rheinisch-Westfälische Röhren-Großhändler-Vereinigung heißt und wie alle diese Gebilde in Düsseldorf ihren Sitz hat — abgeschlossen Verträge heißt es u. a.:

### Der Sklavenvertrag zwischen dem Verband und den Händlern.

§ 1 Zweck und Gebiet. Der Röhrenverband verpflichtet sich, Gas- und Kategoriesöhren sowie Siederöhren in handelsbarem nur an Vertragshändler zu liefern, und zwar, soweit diese Erzeugnisse durch den Handel im Bezirk Rheinland und Westfalen (bzw. Süddeutschland und Norddeutschland) abgesetzt werden, garantiert er ihnen diesen Bezirk als alleiniges Verkaufsgebiet; die Abtretung der Vertragsrechte der Vertragshändler an Dritte ist ausgeschlossen. Die Vertragshändler verpflichten sich, ihren gesamten Röhrenbedarf nur durch den Röhrenverband zum ausschließlichen Verbleib in diesem Bezirk zu beziehen. Ferner sind die Vertragshändler gehalten, dem Röhrenverband mit ausländischem Material weder im Inland noch im Ausland Konkurrenz zu machen.

§ 2 Produktionsfuß. Die Vertragshändler übernehmen die Verpflichtung, den Bau neuer Röhrenwerke und den Betrieb der Erzeugnisse solcher weder finanziell noch sonst wie indirekt zu unterstützen und sich an keinerlei Unternehmungen direkt oder indirekt zu beteiligen, welche den Interessen des Röhrenverbandes zuwiderlaufen.

§ 6 Vereinigung der Händler. Die Vertragshändler sind verpflichtet, sich zu einer Händlervereinigung zusammenzuschließen, die sich unter Mitwirkung des Verbandes ihre Verfassung selbst gibt. Die so gegründete Vereinigung hat im Einvernehmen mit dem Röhrenverband gemeinsame Verkaufspreise und Bedingungen auch für Lieferungen ab Händlerlager festzusetzen, wofür dieselben Strafbestimmungen gelten, wie für das Streckengeschäft; sie ist fernerhin gehalten, dem Röhrenverband alle Vorkommnisse zur Kenntnis zu bringen, die die Interessen des Röhrenverbandes schädigen könnten, damit in gemeinsamer Beratung für deren Abstellung Sorge getragen werden kann. Konfirmationsläger sind in keiner Form gestattet.

Weiter heißt es in dem Vertrag, daß der Röhrenverband zu allen Sitzungen der Händlervereinigung einzuladen ist, und Beschlüsse nur gültig sind, wenn der Röhrenverband seine Zustimmung gegeben hat.

### Und alles beugt sich der Kartellbittatur!

Dieser Vertrag zwischen dem Röhrenverband und den Röhren-großhändlern bietet ein deutliches Beispiel dafür, wie die strikte Kartellierung gehandhabt wird. Im Befehlsston, ohne jede Umschreibung, wird den Händlern aufgegeben, was sie zu tun haben und was nicht. Ein solcher Verband könnte nicht überlebt sein, wenn die Wirtschaft sich gegen eine solche Tyrannenmacht aufbäumt und sich plötzlich kapitalstarke Außenfeinder bemerkbar machen. Deshalb versucht man, diese schnellstens unschädlich zu machen, was am besten durch Kauf geschieht. In letzter Zeit haben wir des öfteren erlebt, daß Kartelle neuauftretende Konkurrenzten kurzerhand aufkauften. Wie es gemacht wird, haben wir oben am Beispiel des Röhrenverbandes gezeigt.

Konkurrenz entsteht dort am ehesten, wo die Preisgestaltung günstig ist. Für Röhren sind die Preise nicht nur günstig, sondern glänzend. Deshalb die Versuche, Konkurrenzunternehmen zu errichten. Anstatt hieraus die Konsequenzen zu ziehen und zur Beseitigung des Abjates die Preise herabzusetzen, kauft man neuauftretende Außenfeinder auf, um die schrankenlose Kartellbittatur zu verewigen. Daß dies keine Wirtschaftspolitik im Sinne des Volksganzen, sondern das Gegenteil davon ist, braucht an dieser Stelle nicht auseinandergesetzt zu werden. Wundern muß man sich nur bei alledem, daß die betroffenen Wirtschaftskreise sich dies alles gefallen lassen und das Kartellgericht sich ebenfalls nur in tiefes Schweigen hüllt.

Paul Ufermann.

gerechtfertigt ist, sondern dieser Entwicklung direkt zuwiderläuft. Das Groß-Berliner Bäckergewerbe bleibt für diese Erhöhung nach wie vor der Öffentlichkeit die Begründung schuldig.

Interessant wäre es auch, bei dieser Gelegenheit wieder einmal festzustellen, wie sich die Brotpreise in Groß-Berlin zu den Preisen für Getreide und Mehl stellen. Noch ist in aller Erinnerung die im Oktober 1925 in Berlin vorgenommene polizeiliche Kontrolle des Brotpreises, bei der sich herausstellte, daß ein erheblicher Prozentsatz der Berliner Bäcker mit ihrem Brot bis zu 25 Proz. hinter dem Durchschnittsgewicht zurückblieb. Die Öffentlichkeit hat kein Verständnis dafür, warum man nicht endlich auch in Berlin, um allen derartigen Manipulationen vorzubeugen, den politischen Brotpreis abschafft und, wie in anderen Städten, das Brot nach Gewicht verkauft, so daß den Verbrauchern hier wie auf allen anderen Gebieten eine einwandfreie Kontrolle der wirklichen Brotpreise gegeben ist.

Es ist an der Zeit, daß sich außerhalb der amtlichen Kontrolle besonders die Hausfrauen bei ihren täglichen Einkäufen genauer als bisher um Qualität und Preise ihrer Einkäufe kümmern. Daß die Hausfrauen dabei nur profitieren könnten, zeigt ein Vergleich der amtlichen durchschnittlichen Berliner Schrippenpreise im Kleinhandel mit den Schrippenpreisen der Berliner Konsumgenossenschaft. Diese gibt viele Tausende wissen es immer noch nicht, heute noch 5 Schrippen für 10 Pf.; und da eine ausgebakene Schrippe 38 Gramm wiegt, ergibt sich ein Kilopreis von noch nicht ganz 53 Pf. Und beim Konsumbrot liegen, dem Preis und der Güte nach, auch sehr große Vorteile für die Konsumenten.

### Neue Rekorde des Güterverkehrs.

Die Ziffern des deutschen Güterverkehrs sehen trotz des vorübergehenden Rückganges in der Woche zum 22. Oktober ihre Aufwärtsbewegung in überaus starker Stärke fort. In der Woche zum 29. Oktober hat sich die arbeitstäglige Wagengestellung der Reichsbahn von 166 400 auf 172 500 erhöht. Das bedeutet gegenüber der bisher höchsten Ziffer dieses Jahres in der Woche vom 15. Oktober mit 168 000 noch eine Steigerung um 4500 Wagen.

Tabellarische Uebersicht seit September (in 1000 Stück)

Woche	täglich	durchschnittlich pro Arbeitstag	
		1927	1926
23. 8.— 3. 9.	918,4	824,6	150,1
4. 9.— 10. 9.	928,0	824,3	154,7
11. 9.— 17. 9.	947,8	842,2	158,0
18. 9.— 24. 9.	951,8	848,1	155,6
25. 9.— 1. 10.	960,0	859,3	160,0
2. 10.— 8. 10.	962,8	880,3	160,5
9. 10.— 15. 10.	1007,8	901,9	168,0
16. 10.— 22. 10.	998,5	931,4	166,4
23. 10.— 29. 10.	1034,0	950,0	172,5

Wenn auch besonders im Oktober die Erntebewegungen und die Brennstoffdeckung berücksichtigt werden müssen, so erweist sich die Konjunktur doch als von außerordentlicher Kraft. Weber die zweimalige Disinflation, noch die vielverklärten Lohnbewegungen, noch endlich der wirklich gefährliche Streik um die Auslandsanleihe haben der konjunkturellen Aufwärtsbewegung, für die der Güterverkehr ein sicheres Zeichen ist, etwas anhaben können. Es will in der Tat sehr viel bedeuten, daß selbst der Güterverkehrsrekord auf dem Höhepunkt des enghirnigen Beschäftigungsstreiks vom November vorigen Jahres mit arbeitstäglich 157 400 Wagen noch dem Oktoberdurchschnitt dieses Jahres mit 166 800 Wagen noch um täglich fast zehntausend Wagen übertrifft wird.

Bernünftige Richtlinien für die Verlängerung von Rentenbankwechseln hat die Preussische Zentralgenossenschaftsliste herausgegeben. Diese Richtlinien wenden sich vor allen Dingen gegen den Mißbrauch der Wechselprolongationen durch Betriebe, die diese Stützung entweder nicht nötig haben oder nicht verdienen. Die Stundungsanträge sind in jedem einzelnen Falle nur bei solchen Bankwirten zu berücksichtigen, deren finanzielle Lage an sich als gesund anzusehen ist, bei denen jedoch eine Rückzahlung der Wechsel eine Existenzgefährdung verursachen oder die ordnungsmäßige Weiterführung des Betriebes unmöglich machen würden. Für die Durchführung dieser Verlängerungen stehen etwa 35 Millionen Mark zur Verfügung. Ebenfalls wird der jährliche Restbetrag des Abwicklungskredites rechtzeitig an die Reichsbank abgeführt werden. Es ist sehr erfreulich, daß die Preussische dem Schlandrian mit unnötigen und verteuernenden Kreditverlängerungen ein Ziel zu setzen sucht.

Das bekannte Berliner Konfektionshaus V. Hauheimer liquidiert. Es ist, wie mitgeteilt wird, infolge der ungünstigen Entwicklung des Geschäfts zur Auflösung gezwungen. Der Großhandel soll beibehalten, dagegen sollen die Grundstücke in der Oberwallstraße verkauft werden. Die Räumung der Geschäftslager soll in den nächsten Tagen durch einen Totalausverkauf erfolgen. Die Geschäftsleitung lehnt es vorläufig ab, nähere Erklärungen oder Meldungen zu geben.

Die Kraftwirtschaft der öffentlichen Werke hat sich im Jahre 1926 weiter ausgedehnt. Die Wasserkraftleistung ist um etwa 13 Prozent auf 5,66 Milliarden Kilowatt gestiegen; infolge der Wirtschaftskrise ist die Stromerzeugung allerdings nur um vier Prozent auf 12,17 Milliarden Kilowattstunden erweitert worden. Dabei ist die Dampfstromerzeugung gegenüber dem Jahre 1925 weiter von 82,33 auf 77,49 Prozent gesunken, während die Wasserkraftleistung von 15,81 auf 20,48 Prozent der Gesamtenergieerzeugung anstieg. Bemerkenswerterweise ist die Stromerzeugung durch Gasverwertung von 1,13 auf 1,70 Prozent, also um mehr als die Hälfte, erhöht. Die Verwendung von Steinkohle ist wieder von 33,80 auf 28,93 Prozent gesunken, während die Braunkohlenverwendung von 34,14 auf 37,10 Prozent anwuchs. Die Wirkungen der Wirtschaftskrise kommen deutlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß trotz der erhöhten Maschinenleistung die Zahl der Benutzungsstunden bei den öffentlichen Kraftwerken von 2350 auf 2150 zurückging.

Preussische Elektrizitäts-A.-G. und Elektrowerke. Zwischen der kürzlich gegründeten preussischen Elektrizitäts-A.-G., in der die preussischen Elektrointeressen zusammengelassen sind, und den Reichselektrowerken laufen bekanntlich noch immer Verhandlungen über die Zustimmung der Elektrowerke zum Aktienantritt Preussens mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen. Die Verhandlungen hierüber sollen in Zukunft nicht mehr vom preussischen Handelsministerium selbst, sondern von der neuen Aktiengesellschaft geführt werden. Ueber den Zeitpunkt und den Erfolg dieser Verhandlungen wird allerdings noch immer nichts gemeldet.

Starke Steigerung der französischen Baumwollgarnleistung. Die französische Einfuhr von Baumwollgarnen nach Deutschland hat in den ersten acht Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres die sehr bedeutende Steigerung von 5000 auf 80 200 Doppelgenner zu verzeichnen. Insgesamt ist der französische Export von Baumwollgarnen in der gleichen Zeit von 38 700 auf 171 000 Doppelgenner angewachsen. Ebenso ist die Einfuhr französischer Baumwollgewebe nach Deutschland bedeutend gestiegen, und zwar von 8800 Doppelgenner auf 64 800 Doppelgenner.

## Preußen für den Abbau der Zölle.

Im Handelsvertrag mit Jugoslawien ist eine Ermäßigung des Zolles für Futtermais auf 250 M. pro Doppelzentner vorgesehen, nachdem bisher für Mais ein einheitlicher Satz von 320 M. gegolten hat. Durch Einflüsse agrarischer Interessenten soll aber, soweit Industriemais in Frage kommt, der autonome Satz von 5 M. für den Doppelzentner in Kraft treten. Das preussische Staatsministerium hat beabsichtigt, im Reichsrat gegen die Erhöhung des bisherigen Satzes von 320 M. für Industriemais stimmen zu lassen, um der Stärkefabrikation, der Textil- und Nahrungsmittelindustrie den ermäßigten Zoll zu erhalten. Ausdrücklich betont Preußen, daß es damit auch dem von der Reichsregierung ausgesprochenen Bekenntnis zum Zollabbau entsprechen will. Dieser Stellungnahme Preußens ist in jeder Hinsicht zuzustimmen, und man muß den Schritt Preußens rückhaltlos begrüßen.

## Billigeres Mehl — teurere Schrippen.

### Der Konsumverein bleibt billig.

Das Bäckergewerbe sahte Ende September den Beschluß, die Schrippenpreise im Kleinhandel für Groß-Berlin um 2½ Pf. auf 3 Pf. also um 20 Proz. zu erhöhen. Um das einer Preis-erhöhung nicht sehr freundlich gegenüberstehende Publikum zu beruhigen, folgte gleich hinterher die Versicherung, daß in Wirklichkeit keine Verteuerung beabsichtigt sei, vielmehr solle das Gewicht der Schrippen dem erhöhten Preise entsprechend vergrößert werden. Die Notwendigkeit für diese Maßnahme ergibt sich daraus, daß das Mehl in diesem Jahre wesentlich mehr Wassergehalt aufweise als in Normaljahren und der Teig daher fester gemacht werden müsse, um das Gebäck ansehnlich zu gestalten.

Trotz dieser Versicherungen stand die Öffentlichkeit von Anfang an der Neuernung recht mißtraulich gegenüber. Das einzig Greifbare und Glaubwürdige für sie war und blieb die Preis-erhöhung. Diese Tatsache veranlaßte das Groß-Berliner Bäckergewerbe, am 7. November die Vertreter der Presse zu einer Besprechung einzuladen, um die Öffentlichkeit nochmals über die Gründe für die Umstellung der Preise für Kleingebäck von 2½ Pf. auf 3 Pf. aufzuklären. Lehrreicher als diese mündliche Aufklärung von Seiten des Bäckergewerbes dürfte die nachstehende Tabelle sein, die die Entwicklung der Preise für Weizen, Weizenmehl und Schrippen in den letzten Monaten wiedergibt:

Datum	Weizen (märkt.)		Weizenmehl		Schrippen	
	in M. je t	in M. je 100 kg	Großhandelspreis in M. je 100 kg	Kleinhandelspreis in M. je 1 kg	in M. je 1 kg	in M. je 1 kg
1. 9. 27	264	35,87	42,5	58	77	
15. 9. 27	259	35,5	41,5	58	77	
1. 10. 27	254	34,—	41,—	58	78	
15. 10. 27	250,5	33,62	42,—	58	78	
1. 11. 27	243,5	32,75	41,—	58	80	

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß in der Zeit vom 1. September bis 1. November 1927 der Weizenpreis von 264 auf 243,5, der Preis für Weizenmehl im Berliner Großhandel von 42,5 auf 41 M. zurückgegangen ist. In der gleichen Zeit ist der Preis für Weizenmehl im Berliner Kleinhandel um 58 Pf. pro Kilo festgeblieben und der Preis für Schrippen (je 1 Kilogramm) sogar von 77 auf 80 Pf. in die Höhe gegangen. Man sieht hieraus, daß nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin trotz aller gegenseitigen Versicherungen des Bäckergewerbes eine tatsächliche Verteuerung der Schrippenpreise eingetreten ist, die durch die Preisentwicklung für Weizen und Weizenmehl in keiner Weise







## Ein Wiedersehen.

Von Kurt Offenburg.

Doktor Franz Brinsmann, abseits lebender Privatgelehrter, wurde wegen schwerer Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit pfeift der Schnellzug auf seinem vorgeschriebenen Weg durch die Landschaft. Die braungoldene Flußebene mit ihren sauber aufgeteilten fruchtbaren Feldern flirrt wie eine riesenhafte rotierende Scheibe am Fenster vorüber; und wie Brinsmann zurückgelehnt in seinem Eckplatz sitzt und dem brausenden beidrehenden Gesang der Räder lauscht, überfällt ihn wieder jenes algewohnte und beruhigende Geborgenheit, das den Schweifenden nur in Jügen und auf Schiffen umhüllt. Der Begriff der Entfernung ist aufgehoben, alle Unruhe abgefallen, die uns sinnlos vom Heute ins Morgen hehlt. Man ist voll sicherer Ruhe, und nie begrüßt man einen Menschen mit solch vertraulicher Freundlichkeit, wie den Schaffner, der jetzt einen Zettel aus dem Fahrscheinstell reißt; und wenn man nicht durch Deutschland, sondern durch Albanien oder die Ukraine führe, ging man wohl beim nächsten Aufenthalt zur Maschine und reichte dem Heizer und Lokomotivführer einige Zigarren. Und die Männer freuten sich und wußten, daß da hinten in irgendeinem Wogen ein Mensch mitfährt, der ihr Freund ist und sie wie ein Kamerad liebt! — und der schwere Dienst und die harte Verantwortung würden ihnen ein wenig leichter und sie ständen nicht mehr so einzeln und verlassen auf der donnernden, schütternden Maschine. Im lieben Vaterlande aber — rüdgelastertes Bewußtsein dem Staat zu dienen! — ließe man Gefahr, verhaftet zu werden wegen Beamtenbestechung. Brinsmann sieht bereits im Geiste die rote Mütze des Stationsvorstehers und hinter ihm den schwarzen Tschako eines Bahnhofspolizisten.

Schon ragen die grauen Vorstadthäuser von K. Wie schnell die Stunden vorüberfliegen! Jetzt knattern die Räder über das vielfältige Netz der Weichen, und in wenigen Minuten wird das eiserne Tier zitternd unter dem düsteren Bahnhofsdach halten. Die Bremsen ziehen noch härter an, auf dem Gang werden Leute sichtbar; Brinsmann nimmt das Buch, kurz nach Abfahrt gelangweilt bei Seite gelegt, wieder auf, um festzustellen, daß es noch nicht unterhaltener geworden ist; aber da ruhen schon Schaffner den Namen einer Station aus, den man nie verstände, wählte man ihn nicht längst. Und Kellner und Verkäufer pflanzten mit dem internationalen Tonfall der Bahnhöfe den Gesang der Lockung: Bier, Schokolade, Zigaretten, Zeitungen.

„Lug!“ Der Doktor sieht kaum auf, während die Kollitur des Abteils mit hartem Geräusch zugemorscht wird. Aber während der Mann, der eintritt, Koffer und Tasche im Gepäck verstaut, fühlt Brinsmann in den krampfhaft gehaltenen Schultern und scharfen Bewegungen des Gegenüber etwas Brutales, ihm Feindliches, das seinen tiefen Frieden mit der Welt unterwühlen will.

Nüchtern gewinnt die alte und beunruhigende Eisenbahntrankheit wieder Gewalt über ihn: die Furcht vor Unterhaltung mit fremden Reisegefährten. Es ist wie eine sige Ede, und Brinsmann redet sich zu, daß, wenn nur zwei Leute im Abteil sind, ein Gespräch an seinem Widerstand scheitern muß. Während der Fremde mit fatalen Geknistern eine Zeitung entbreitet und liest, und der Zug mit langsam schwellendem Crescendo anfährt, durchblättert er nervös das wieder ausgenommene Buch, schmökert ohne Lust und Anteil. Aber aus dem Gleichgewicht geworfen und an die friedliche Belassenheit der beiden vorhergegangenen Stunden zurück denkend, — ist es wie ein fremder Wille in ihm, der ihn zwingt, den Kopf zu heben und sein Gegenüber anzusehen.

Geschreden durchzuckt den Doktor, denn im Bruchteil einer Sekunde, ehe noch sein Gehirn den Vorgang fassen kann, jagt sinnlose Empörung nach. Der Mann, der ihm da gegenüber sitzt, ist Schnauh — Friedrich Wilhelm Schnauh, ehemals Feldwebelleutnant im Infanterieregiment 17 — und kein anderer. Brinsmann erkennt ihn genau, trotz der vielen Jahre, seit er ihn zum letzten Male gesehen hat, und trotzdem die Wangen fett und rosig geworden sind, die damals fahlg und grau in die fahlblonde Schnurrbartbüsche hingen. Die wässrigen blauen Augen sind dieselben, wenn sie auch kleiner scheinen in dem dicken Gesicht; jedoch der gierige Unterleiser, der einst, vom hohen, schneidergearbeiteten Uniformkragen gestützt wurde, hängt jetzt in böser Schlangheit über den weichen Stoffkragen und der greisfarbigen Krawatte.

Vielleicht ist es ein Doppelgänger? Aber die Zeitung, die der Unbekannte liest, trägt in der Kopfzeile den Namen eines längst vermoderten Regenten; benutzt zur Hebung der abgestauten Konjunktur für das Geschäft mit vaterländischen Tiraden.

Brinsmanns Ungewißheit — ist es Schnauh, ist es nicht? — wird zur Klarheit. Er starrt in die Landschaft; steht nur wie durch einen Schleier, die ansteigenden Wälder, die schwarzgrün gegen den blauen Vormittags Himmel stehen; den schmalen Gebirgsflur, der schäumend durch das Gelände stürzt. Doch wie er den Kopf zwangschaft seinem Gegenüber wieder zuwendet, treffen sich ihre Blicke. Und schon liegt sich das fette Gesicht in das joviale Grinsen, aus Stammischiaderkeit und keller Unterwürfigkeit gemischt, das damals vor Jahren der Kustoft zu jener Schitane war.

„Haben wir uns nicht früher gekannt, mein Herr?“ Während diese Worte in Brinsmanns Bewußtsein dringen, hört er die Stimme zweimal: glatt und zudringlich hier im Abteil, tobend und klagend im Graben des Loureolung.

Mechanisch fragt der Doktor zurück: „Sind Sie nicht Herr Schnauh?“ und hat längst vergessen, daß er schweigen wollte, aber angwollter Wiberwille treibt ihn vorwärts.

Schnauh erinnert sich und ein stoches Staunen hängt in seinem dicken, stumpfnasigen Gesicht. „Donnerwetter! So trifft man sich im Leben wieder!“ Und er erzählt mit den stereotypen Redensarten, die Dieberr sind wie fertig gefangene Ratschees, mit keiner verhohten, Brinsmann allzu gut bekannten Stimme, bellend und hart, die äußeren Einzelheiten seines Lebens seit damals. Der Doktor hört kaum, was Schnauh sagt und sieht ihn auch in der seltsam doppelten Erscheinung: hier im Zugabteil und damals, als er mit gespreizten Reimen vor der Mannschaft stand, rotterstend vor Mut und stierchend Kommandoworte schrie, stundenlang im zerhohlenen Gehörs knapp hinter dem dritten Graben. Damals, als die Kompanie in jener heißen Julimode zum ersten Male wieder in Aufstellung lag und dieser Schinder die Ueberlebenden, die kaum dem Tode entronnen waren, wie junge Rekruten im Gelände umherjagte. Und Brinsmann sieht wieder den Weizen H., dem Schnauh die Faust vor die Brust stieß, weiß er zu widersprechen wogte; und er hört wieder, wie Schnauh zu den vier Mann, die sich mit schwerer Ruhe tront melden

wollten (zwei davon starben später in Deutschland), im ausgebrannten Schulhaus von Armentières sagte: „Ich werde euch Schweine trumm schlehen lassen, wenn ihr wegen dem dicken Sch... schon wieder ins Revier kriechen wollt.“

Immer noch wiederholt er nach jedem Satz: „müssen Sie nämlich wissen“, wie vor einem Jahrzehnt, als er aus einer obstrukten Verfassungsgesamt ins Feld kam und als gebienter Unteroffizier zum Feldwebelleutnant aufrückte. Nach dem Kriege, berichtet Schnauh, habe er durch Beziehungen eine Stellung in einem Betrieb bekommen, „aber so eine Stelle — müssen Sie nämlich wissen — wo man sich von jedem Kasser muß in die Suppe spucken lassen, ist nichts für unsereinen“. Kinder habe er nicht und seine Frau habe er als „Kamsell“ wieder auf ein Gut gehen lassen. Tum konnte sie doch nichts für ihn, und so als Obmann der Organisation K. habe man doch einen Wirkungsbereich. Der Verdienst — „müssen Sie nämlich wissen“ — sei ja kein, aber die Speisen nicht von Papp. Und solche private Wanderrübungen und Feiern im Osten oder in Bayern, wo man mit deutschen Männern einen ordentlichen hinter die Binde gleihen kann, für umsonst natürlich, und wo man obendrein eine Nummer ist als gebienter Soldat, — seien keineswegs zu verachten „müssen Sie nämlich wissen“.

Endlich, während Brinsmann langsam aus dem bedrückenden Dunst der Erinnerungen austaut und während der Zug sich schon der Station nähert, wo seine Reise zu Ende ist, erkundigt Schnauh sich, was der Doktor eigentlich treibe.

„Ich schreibe. Erinnerungen von damals, „müssen Sie nämlich wissen“, sagt er zögernd, des Feldwebels Redewendung imitierend. Schnauh lacht unsicher sein breites Grinsen. „War doch große Zeit damals und gute Kameradschaft.“ Man dürfe sich nicht an Kleinigkeiten stoßen.

„Kleinigkeiten?“ fragt der Doktor mit einer unnatürlich ruhigen Stimme. „Erinnern Sie sich noch an K.? Fröh K.? Er war nicht einmal neunzehn Jahre alt, ein schmaler, großer Bursche mit kurz-sichtigen Augen. Ich unterhielt mich oft mit ihm: er studierte Philosophie und Kunstgeschichte, hatte gerade zwei Semester gehört. Erinnern Sie sich noch? — es war bei Hajebrouck — er kam etwas später als die anderen zum Appell. Sie gaben ihm zur Strafe zwei Wochen hintereinander. Bei der zweiten muß er eingeklinkt sein, todmüde und hungrig wie man war. Ich weiß es noch wie heute — um zwölf zog er auf Wache und um vier morgens fand ihn die Ab-lösung mit einem Kopfschlag an der Brustwehr.“

Schnauh sagt irgendetwas von „Schicksal“ und vom „Tod fürs Vaterland, der früher oder später...“

Brinsmann steht auf, sein Mund zittert furchig, während er sein Buch in den Keinen Koffer steckt, der neben ihm liegt. Ob Schnauh sich auch noch auf B., den Dreher aus Essen, und den kleinen weißblonden Bergarbeiter aus Recklinghausen besinnen könne, die er zusammen mit K., dem degradierten Unteroffizier, auf eine

Straspatrouille geschickt habe, die alle drei am nächsten Morgen vor dem Drahterbau gelegen haben.

Aus Schnauh Gesicht weicht das freundliche Grinsen und mächtig steigt ihm die bläuliche Röte in die fetten Wangen, und seine Stimme, die von Diensttreue und Disziplin spricht, fängt zu schnarren und zu bellen an, wie damals.

Beend steht der Doktor, zum Aussteigen bereit, an der Tür des Abteils. Und wieder überstürzt ihn die Welle von Schwäche: Ber-wachlung von Bergangenheit und heute hält seinen Willen ein. Wie ein Befessener schwingt er den kleinen Ledertoffer und schlägt ihn dem Ueberaschten in rasender Mut viele Male ins Gesicht. Betäubt, merkt er nicht, daß der Zug hält und der verbläufte Obmann sich umsonst gegen seinen Tollheitsausbruch zu wehren sucht. Die Fenster-scheibe fliegt, kirschend auf den Bahnsteig; Reugierige stehen im Augenblick vor dem Wogen; Bahnbeamte dringen ins Kuppe und man führt den Angreifer auf die Wache, während der verleschte Schnauh versorgt wird.

Bei der nach Monaten stattfindenden Verhandlung wirkte als Strafverschärfend, daß Dr. Franz Brinsmann — was Schnauh nicht gewußt hatte — im Kriege bereits wegen tatsächlichen Angriffs auf einen unbekanntem Vorgesetzten auf Festung gekommen war. Sonst hätte der Doktor niemals mit den Gerichten zu tun gehabt.

„Ich dulde nicht, daß diese Frauenzimmer hier reden!“ Vor Jahrzehnten war es schwerer, für die Sozialdemokratische Partei zu wirken als heute. Besonders schlimm hatten es die Frauen. ... So passierte mir einmal folgendes: Nach einer Versammlung war es mir nicht möglich, eine Unterkunft für die Nacht zu finden. Und warum nicht? Ja, man wollte „mit so einer“ nichts zu tun haben. Ich konnte noch von Glück sagen, daß eine mittelbige Frau mich heimlich in ihrem Haus unterbrachte. Wie die Behörden sich uns Frauen gegenüber benahmen, erhebe man aus folgendem Erlebnis: Der Schmeiberverband veranstaltete in Bochum eine Versammlung zur Werbung unter den Frauen. Die Genossin Grünberg aus Nürnberg und ich sollten reden. Aber dazu kam es nicht. Der die Versammlung überwachende Beamte sprang vor uns hin und schrie: „Ich dulde nicht, daß diese Frauenzimmer hier reden!“ Geredet wurde aber doch, wenn auch in einem anderen Lokal. Doch wir Frauen uns auch in der Kleinarbeit beschäftigten, ist selbstverständlich. Sehr häufig habe ich im Kinderwagen schwere Zeitungspakete über Land gefahren. Nicht als Zeitungsboten, sondern als Genossin, die Parteiarbeit machte. Einmal begleitete mich Luise Zieg, wir blieben im Sänes stecken und hatten viele Mühe, unser „Fuhrwerk“ wieder kost-zumachen. Dem Bochumer „Volkblatt“, das in diesen Tagen sein 25jähriges Bestehen feiern konnte, diente diese Kleinarbeit, die mit Freude und Stolz gemacht wurde. Im Laufe der Jahre ist die Partei groß und stark geworden durch die Mitarbeit vieler Männer und Frauen. Soll aber das große Werk der Befreiung des Proletariats gelingen, darf niemand zurückstehen. Jede Zeit hat andere Verhältnisse. Aber von selbst geht es nicht. Nur intensive und treue Arbeit für die Sozialdemokratie und ihre Presse kann uns weiter bringen. L. A. G. e.

## Warum die vier Jahre?

Ein Kampfruf von Hermann Schühinger.

Kameraden und Genossen — wenn ihr mit euren Zeitungs- und Flugblattpaketen über die Treppen geht, dann fragt bitte in jedem Haus zunächst einmal an:

„Wer hat hier im Haus Kriegssopfer gestellt?“

Im Ru seid ihr von einem Gespenst voller Namen und Daten übertronn! Im Ru läuft der Krieg wie eine Leuchtschrift von Tür zu Tür, von Fenster zu Fenster, von Stockwerk zu Stockwerk, vom Keller zum Dach:

„D — bei Müller ist der älteste Sohn seit Verdun vermählt!“

„D — bei Malers hat der Schwiegerohn einen Bodenschuh abgetriegt und er liegt seit 10 Jahren im Heiligengeistspital!“

„D — die Lehmanns haben alle beide Söhne verloren!“

„D — die Schulze-Kinder haben seit August 14 keinen Vater mehr!“

Stoßt hinein in das Bündel Namen! Holt euch das Gespenst, die vier Jahre Krieg, wieder hervor!

Und dann klopf an bei Müller, bei Maier, bei Lehmann und Schulze und fragt sie am offenen Korridor, damit auch die dent-faulen Nachbarschaft etwas hört:

„Warum haben Sie Ihren Sohn bei Verdun verenden lassen?“

„Warum liegt Ihr Schwiegerohn im Heiligengeistspital?“

„Warum haben die Lehmanns ihre Jungen verloren?“

„Warum haben die Schulzes keinen Vater mehr?“

Warum? Warum? Warum?

Warum mußten die Jungen und Alten, die Infanteristen, Artilleristen, Reservisten, Landwehrleute, Landstürmer und Schipper elendiglich im Granatfeuer verenden?

Warum mußten sie im Drahterbau, zwischen den Fronten, stückweise zugrunde gehen?

Warum mußten sie die Bagarettie mit ihrem Schmerzgebrüll erfüllen?

Warum müssen sie bis an ihr Lebensende, blind, taub oder verstümmelt, hinter ihrem Hunde her, als Krüppel durch die Straßen gehen?

Warum? Warum? Warum?

War etwa das Vaterland in Gefahr, als die „Geheimkabinette“ zwischen Berlin, Wien, Belgrad, Paris, London und Moskau ihre Fäden spannten?

War etwa das Vaterland in Gefahr, als die General-stäbe sich gegenseitig durch Teilmobilisationen, Grenzübertritte und Sympathiegramme anseierten und von ihren Regierungen den „Robilmachungsbehl“ erprehten?

War etwa das Vaterland in Gefahr, als der groß-mäulige Kaiser mit seinen Brandredn und Flottenbauten die ganze Welt gegen uns behie?

War etwa das Vaterland in Gefahr, als die Schwer-industrie und das Rüstungskapital in Bagdad, in Marokko oder in Honolulu deutsche Panzerschiffe für ihr Geschäft benötigte?

Das Ende vom Lied aber war der Krieg, das Gefecht, die Schlacht, der Massenmord!

Zählt ihnen allen die deutsche Exklusivliste noch einmal auf: 1835 000 Tote beim Landheer, 31 000 Tote bei der Marine

und 15 000 Tote bei der Schuttruppe. Dazu kommen noch 170 000 „Vermißte“, deren Tod mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist! Das gibt für Deutschland eine Gesamtzahl von 2 055 000 Toten! Dazu kommen 4 Millionen Verwundete, von denen 2 1/2 Millionen „rentienberechtigt“ sind! Die Gesamtzahl der Kriegstoten aber be-trägt 11 Millionen, die der Verwundeten etwa 25 Millionen! Wenn man die Särge der Toten nebeneinanderstellt, so bekommt man eine graufige aRrichstraße von Paris bis Wladimostof heraus!

Und dann fragt den Herrn Müller, den Herrn Maier und den Herrn Lehmann, fragt die alten Mucklosen selber:

„Heda, Kamerad, wie war das nun mit den vier Jahren Krieg?“

„Habt ihr das schon vergessen?“

Diese vier Jahre Krieg — das war:

Vier Jahre zwischen Leben und Tod hin- und herjog-lieren!

Vier Jahre nicht wissen, ob man bis zum Einbruch der Dunkelheit seine Glieder und Knochen bell beisammen hat!

Vier Jahre im Wald, im Trichter, in der Barade, im Stollen — immer nur verdorrte Männer um sich haben, keine Frau, kein Kind!

Vier Jahre von Stellung zu Stellung, von Großkampf zu Großkampf, von Schlacht zu Schlacht! Immer wieder rein mit dem halbgeflückten Bataillon!

„Antreten! Mit Sturmgepäck!“

Und dann ging die Hölle von vorne an! Alle vier bis acht Wochen! Vier Jahre lang! Vier lange Jahre lang!

Warum?

Weil die da oben vor Hunger nach Nacht und Land und Kapital, nach „Kobstoffquellen“ und „Abfallgebieten“ kein Ende finden konnten! Während wir, Befessenen vor Sehnsucht nach dem Frieden, nach einem Ende schrien, während wir halbverrückt vor Heimweh waren und über unser „Soldatenhandwerk“ zu lächeln begannen — — saßen die da oben mit Stinnes und Thyssen im „Kasino“, in Kreuznach und Spa und handelten mit unseren Soldatenknochen — — immer noch ein Stück, nach ein Stück, noch einen besseren, einen ehrenhafteren Frieden!

Während wir uns an unseren Geschützen und M. G. in Krämpfen nach dem Frieden wanden und mit brennenden Schädeln an den Torpedoröhren standen, zwinkerten sie sich gegenseitig zu, der „olle Tirps“ und der „olle Fischer“ und bekomplimentierten sich über das herrlich geführte Weiler — währenddessen schlugen sie dem Paps hinterwärts den Frieden aus den Händen und freu- sich auf den nächsten „Waffengang“!

Darum habt ihr vier Jahre am „Feind“ gestanden!

Darum habt ihr vier Jahre lang tausend Tode erlitten!

Darum tragt ihr eure zerfurchtesten Stämpfe durch euer störes Leben!

Es gibt nur eine Antwort auf diese vier Jahre Krieg:

Schluß damit! Ein für allemal!

„Antreten! Mit Sturmgepäck!“ — In die Kampffront des Proletariats!



